

Kaukasische Post

Ercheint jeden Sonntag.

Preis der Einzelnummer in Tiflis 10 Kop., auswärts 12 Kop.

Bezugspreis in Tiflis: 5 Rub. jährl., 2 Rub. 50 Kop. halbjährl., 1 Rub. 25 Kop. vierteljährl. Mit Zustellung durch die Post: 6 Rub. jährl., 3 Rub. halbjährl., 1 Rub. 50 Kop. vierteljährl.

Anzeigen: Die Zeile oder deren Raum kostet: vor dem Text 20 Kop.; hinter demselben, d. h. im Anzeigenteile 10 Kop. Bei Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Die Redaktion befindet sich Golowin-Prop. № 12, Haus Mdiwani, im Hofe. — Sprechstunde der Redaktion täglich von 6—7 Abends.

Annahmen von Bezugsgeldern u. Anzeigen: Tiflis, in der Redaktion; — von Bezugsgeldern außerdem: Schröder, Auffermannsche Niederlage auf dem Sande. — B. Hobyloff am Alexandergarten. — in Batu: Karl Mader und F. Laudenbach, Ditschakower Papierhandlung. — in Wladikawlas: bei Frau Seidel, Apotheterwarenhandlung. — in Noworossysk: in der Buchhandlung „Dje lo“, Sferibratowstrasse, im Andrejewschen Hause. — in Nikolajewka bei Chassaw-Jurt: Gebr. Löwis, Buchhandlung. in Chassaw-Jurt: T. Holzke. — Anapa: S. Buch. — in Riga: Buchhandlung C. Bruhns.

Anzeigen von Privatpersonen, Firmen und Anstalten, von allen Orten des Auslandes oder des Russischen Reiches mit Ausnahme des Kaukasus, welche dort ansässig sind oder ihre Kontore oder Verwaltungen haben, werden ausschließlich entgegen genommen im Zentralannoncenbureau des Handelshauses L. & C. Meyl & Co. in Moskau, Mjasniklaja, Haus Stow und in seinen Filialen: in St. Petersburg, Morskaja 11., Warschau, Krakauer Vorstadt 53, Paris Place de la Bourse 8., Berlin, Fasanenstrasse 72, 73.

Nr. 34.

Sonntag, den 4. (17.) Februar 1907.

1. Jahrgang.

Inhalt: 1. Leitartikel (In einiger Sache); 2. Politische Rundschau (Inland und Ausland); 3. Nachrichten aus dem Kaukasus; 4. Aus den Kolonien; 5. Landwirtschaft und Gartenbau; 6. Haus und Küche, Gesundheitspflege und Erziehung; 7. Handel und Gewerbe; 8. Literatur und Kunst; 9. Aus aller Welt; 10. Vermischtes; 11. Brief des Sangjorg (Helenendorf) an August (Mariensfeld); 12. Briefkasten der Redaktion.

Das Abonnement
auf die

„Kaukasische Post“

für das Jahr 1907 ist eröffnet.

Die „Kaukasische Post“ ist die einzige in Südostrußland erscheinende deutsche Zeitung und das vermittelnde Organ für die im Kaukasus lebenden Deutschen.

Deutscher Verein in Tiflis.

Sonnabend, den 3. Februar:

Grosser Maskenball mit Cottillon.

Eintritt für Mitglieder: Herren 1 R. 10 R.
Damen — „ 55 „
Gäste: Herren 2 „ 10 „
Damen 1 „ 10 „
1—1

Anfang 9 Uhr abends.

KLINIK für Zahn- und Mundkrankheiten

bei der zahnärztlichen Schule
der Doctoren Nestonow und Sifejew.

Tiflis, Michailowsky Prop., 126, Ecke der Krylowskaja.

Empfang der Kranken täglich von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr, Konsultation und Zahnziehen 20 Kop., Plomben von 50 Kop. bis 1 Rub. Künstliche Zähne auf Kautschukplatten 1 Rub. pro Zahn. Andere Operationen nach Uebereinkunft. 40—23

Dr. Leon Ogandschanoff

(spricht auch deutsch).

Spezial-Arzt für Syphilis, Harn-, Blase-, Haut- und venerische Krankheiten.

Sprechst. Vorm. 9—11; Nachm. 6—8. Sprechst. für Damen u. Kinder 11—12. Kadetten-Str. 2. (Ecke des Golowinski-Propsekt). 0—23

In eigener Sache. Zur Abwehr des Vorwurfs des Geschäftsmachenvollens hatten wir in Nr. 14 unseres Blattes eine Erklärung abgegeben, welche neben unserer Rechtfertigung einen Aufruf an alle Deutschen im Kaukasus enthielt, unsere idealen Bestrebungen nach Kräften unterstützen zu wollen. In einigen Kolonien, wie z. B. Katharinenfeld, Helenendorf, Elisabeththal hat denn auch die Zahl der Abonnenten zugenommen, in der letztgenannten Kolonie hat sie sich sogar, dank den Bemühungen eines der dortselbst tätigen Lehrer, verdoppelt. In den Kolonien des nördlichen Kaukasus fängt es auch an sich zu regen, nur sehr allmählig freilich, doch immerhin sind

Erfolge nicht wegzuleugnen. In Tiflis selbst dagegen ist ein Teil der früheren Abonnenten in Fortfall gekommen; jedenfalls haben bei weitem nicht alle Halb- und Vierteljahrsabonnenten den Bezug unseres Blattes erneuert. Wir sehen von denjenigen Abonnenten ab, denen unser Redaktionslokal nicht bequem genug gelogen ist, so daß sie gar nicht wissen, wie sie die Möglichkeit gewinnen sollten, uns den Bezugspreis zugehen zu lassen; ihnen werden die Quittungen durch unseren Büreaudiener in's Haus gebracht werden! — Schlimmer sind die Herren, welche behaupten, sie hätten kein Geld für den Bezug einer zweiten Zeitung übrig, und wäre diese selbst eine an Ort und Stelle in ihrer Muttersprache herausgegebene; sie hielten sich schon den „Liftof“ oder den „Kawkas“, aus welchen Blättern sie täglich alle Neuigkeiten ansehen könnten; die „Kaukasische Post“ brächte diese auch, dann wären sie aber schon veraltet. — Am schlimmsten jedoch ist die Sorte von Deutschen, welche erklärt, wenn es hieße, Geld für ein deutsches Unternehmen hergeben, da hörten sie auf Deutsche zu sein! Und zu dieser Kategorie zählen Personen, von denen einige sogar ein Universitätsdiplom in der Tasche tragen! Läge der Herausgabe unseres Blattes die Absicht des Gewinns zugrunde, so könnte der Verdacht aufkommen, wir suchten unsere abgefallenen Abonnenten an ihrem Ehrgeiz zu kitzeln; da das aber nicht der Fall ist, indem wir die schwere Aufgabe, für unser Teil an der Lösung der nationalen kulturellen Aufgaben mitzuarbeiten, aus rein ideellen Gründen auf uns genommen haben, so wird der Vorwurf der Untüchtigkeit, im Sinne eines Mangels an gutem Willen gegenüber der deutschen Sache, welchen wir jenen Herren machen, wohl kaum von irgend einem unserer Leser mißverstanden werden. Unsere Tifliser Deutschen leben in einem großen Kulturzentrum, groß — im Verhältnis zu den Kolonien, meinen wir; um wie viel mehr Interesse, sollte man annehmen, würden sie für die Erhaltung des Deutschtums inmitten der verschieden gearteten Umgebung bekunden, als die armen, ungebildeten Bauern in jenen? Nein unser Kolonist ist durchaus deutsch, und gilt es, sein Scherflein beitragen zur Kräftigung und Förderung deutscher Bildung und Kultur, so gibt er es gern von dem wenigen, das er hat. Er weiß schon Mittel und Wege zu finden, um das Geld für den Bezug der „Kauk. Post“, des bisher einzigen Organs des Deutschtums im Kaukasus, der Redaktion rechtzeitig zugehen zu lassen; ihm liegt nicht nur an den „Neuigkeiten“, welche die Zeitung bringt; er weiß auch viel anderes in ihr zu finden, was ihm besonders wert erscheint; er bleibt ein Deutscher seiner Gesinnung nach auch in dem Falle, wo die Zugehörigkeit zum deutschen Stamm mit Opfern verbunden ist. Es war mithin kein Fehler unsererseits,

wenn wir die von uns redigierte Zeitung zunächst den Bedürfnissen der Kolonien anzupassen suchten und die in den Städten lebenden Deutschen erst in zweiter Linie berücksichtigten. So wollen wir's auch in Zukunft halten, ungeachtet dessen, daß dieser oder jener deutsche Handwerker hier in der „Großstadt“ über uns die Nase rümpfend behaupten mag, die „Kaukasische Post“ wäre nur eine „Bauern-Zeitung“!

Indem wir nun so das durchaus nicht kulturfeindliche Verhalten unserer deutschen Kolonien sowohl im nördlichen, als auch im südlichen Kaukasus gekennzeichnet haben, erklären wir hiermit, daß wir mit der Auffassung der deutschen „Petersburger Zeitung“ keineswegs einverstanden sind, wenn sie in Nr. 13 dieses Jahres an leitender Stelle unter der Überschrift: „Vorkämpfer des Deutschtums in Südrußland“ unter anderem „von der geistigen und nationalen Schläfrigkeit und Stumpfheit des Kolonisten, die im Charakter und den Anschauungen des deutschen Bauern ihren Grund habe“, spricht. Daß die Kolonisten für neue Ideen nur langsam zu gewinnen sind, wie es in dem besagten Artikel weiter heißt, ist zweifelsohne richtig; das erklärt sich eben aus ihrer Abgeschlossenheit von der übrigen, ihnen zum Teil ganz fremden Welt. Wenn die „Petersburger Zeitung“ aber weiter behauptet, „die Idee nationaler Selbstbetätigung sei ihnen leider eine neue“, so müssen wir dem widersprechen, weil in dieser Behauptung ein Vorwurf liegt, der mit Ausschluß der Deutschen in den Ostprovinzen am Ende dann auch allen übrigen im Reich lebenden Deutschen gemacht werden könnte. Unsere Kolonisten haben im Gegenteil mehr nationale Selbstbetätigung bekundet, als etwa die deutschen Kolonisten an der Wolga oder in Südrußland. Wir haben das schon früher einmal, nämlich in Nr. 31 unseres Blattes, im Leitartikel zur „alldeutschen Konferenz“, behauptet und bewiesen. Die deutsche Eigenart haben sie aus eigenem Antriebe gründlich gewahrt, selbst dann, als man höheren Orts energische Maßregeln ergriff, die Kolonien zu russifizieren, indem man zunächst die deutsche Sprache als Unterrichtssprache in den Gemeindeschulen offiziell abschaffte. Sie sind deutsch geblieben, deutsch bis auf die Knochen, und wenn die Verhältnisse heute günstiger liegen als damals, so werden sie nicht ermangeln, ihre nationale Selbstbetätigung auch ferner zu üben und zwar nun in erhöhtem Maße. Ihre bereitwillige Unterstützung unseres Blattes beweist das aufs deutlichste. Haben sie erst alle erkannt, welch' einen Hebel die „Kaukasische Post“ in bezug auf Förderung der nationalen kulturellen Aufgaben bedeutet, so werden sie in Zukunft ein Hand-in-Hand-arbeiten mit uns nicht nur nicht verschmähen, sondern als eine Grundbedingung ihrer weiteren na-



tionalen Selbstbetätigung an erster Stelle pflegen; dessen sind wir gewiß. Jeder Kolonist wird daher auch mit Freuden die warmherzige Aufmunterung der „Petersburger Zeitung“ begrüßen, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben: „Beharrlich fest bleiben und weiter wirken! ist die Losung. Die „Kaukasische Post“ im fernen Südostland wird und muß durchdringen, denn einer lebendigen Idee gehört die Zukunft, wenn sie von Energie und Konsequenz getragen wird. Daß die Idee lebendig ist, die die „Kaukasische Post“ ins Leben gerufen hat, dafür ist ein Beweis, daß alle Deutschen, die ihrer selbst bewußt sind, im Norden, im Süden und im Zentrum, im Westen und im fernen Südosten von dieser Idee ergriffen sind. Im Namen der Idee des Kampfes für deutsche Schule, für geistige Freiheit und Selbstbetätigung, für Glauben und Sitten der Väter, für deutsche Kulturarbeit sei den Vorkämpfern im Kaukasus ein ermutigendes „Vorwärts und durch!“ zugerufen“.

Politische Rundschau.

Inland.

Zur äußern Lage. Die Frage des Baues der Amurbahn, die u. a. vom Organ des Kriegsministeriums, dem „Russki Inwalid“ bestritten wird, im Zusammenhang womit das Gerücht geht, daß die Statthaltertschaft im fernen Osten erneuert werden und für diesen Posten General Lennewitsch anzuersuchen sein soll, hat den alten Haudegen einem Interviewer der „Sslowo“ gegenüber zur Erklärung veranlaßt, eine der Hauptaufgaben der Statthaltertschaft würde gegebenenfalls eben der Bau der Amurbahn sein. In diesem Anlaß schlägt die „Sslowo“ Lärm und meint, der ganze Plan zeuge von verblüffender politischer Kurzsichtigkeit. Ganz abgesehen davon, daß schon die Wiedereinführung der Statthaltertschaft unerwünschte auswärtige Verwickelungen mit sich bringen könnte, wäre der Bau der Amurbahn nur eine nutzlose Vergeudung von Staatsmitteln und das in einem Augenblick, da die finanzielle Lage des Landes die äußerste Sparsamkeit und Vorsicht verlange. Die strategische Bedeutung der Amurbahn — und auf eine solche komme es hier vorwiegend an — sei eine ganz illusorisch, falls vorher nicht ein zweites Geleise auf der sibirischen Bahn gelegt werde. Ohne diese Vorbedingung wäre der Bau der Amurbahn ein eben solches Umding wie etwa der Bau einer Eisenbahnbrücke über die Wolga bei Astrachan, ohne daß man vorher zu dieser Brücke eine Eisenbahn oder Chaussée hinführen, sondern sich mit den vorhandenen Landwegen begnügen wollte. Denn die sibirische Magistrale mit ihren 10 Zügen pro Tag und ihren bergigen Strecken, die einen vollzähligen Wagenkomplex nicht zuließen, stellte gewissermaßen auch nur einen Landweg vor, der jetzt, da die Japaner im Kriegsfalle nicht erst aus Korea, sondern direkt aus Charbin vordringen würden, gänzlich versagen müßte. Die wirtschaftliche Bedeutung der Amurbahn aber sei eine so minime, daß ihr Bau der Metropole enorme Kosten, der Kolonie aber einen unverhältnismäßig geringfügigen Nutzen bringen würde.

Über die von Rußland ausgehenden Anregungen bezüglich

der zweiten Haager Friedenskonferenz wird der „Täg. Rdsch.“ aus Petersburg gemeldet, daß in dem Programm des dortigen Kabinetts außer der im Vordergrund stehenden Erweiterung des Geltungsbereiches der Schiedsgerichte Fragen des Seegerichts zu Kriegszeiten einen breiten Raum einzunehmen scheinen. Die russischen Vorschläge sollen, wie es heißt, eine genauere Umschreibung der Rechte der Neutralen insbesondere zur See, die Abgrenzung der Territorialgewässer, klarere Feststellungen bezüglich des Wesens und der Wirkungen der Blockade, möglich unzweideutige Erklärungen der Konterbande, deren Begriff bekanntlich bisher in Kriegszeiten sehr verschiedenartige Auslegungen erfahren hat, und andere mit diesen Punkten zusammenhängende Fragen zum Gegenstande haben. Es leuchtet von selbst ein, daß die mannigfachen Erscheinungen, die im Verlaufe des russisch-japanischen Krieges in bezug auf die Bewahrung der bisher geltenden völkerrechtlichen Vereinbarungen, sowie hinsichtlich der Auffassung der unmittelbar beteiligten und der durch die Gestaltung der Ereignisse mittelbar berührten Staaten zutage getreten sind, den Beratungen der zweiten Friedenskonferenz vielfache Anregungen für die Auseinandersetzung über verbesserungsbedürftige Punkte des bestehenden Rechtes bieten werden. Die russische Regierung soll denn auch, wie verlautet, nicht unterlassen haben, in ihren vorläufigen Mitteilungen an die Mächte über die Grundzüge ihres Programms darauf hinzuweisen, daß es ihr als eine naturgemäße Aufgabe der Konferenz erscheine, die Erfahrungen, die im russisch-japanischen Kriege gemacht wurden, zu verwerten und die sich aus demselben ergebenden Lehren zu ziehen.

Zur innern Lage. Das Reichratsmitglied Marineminister Vizeadmiral Birilew ist auf sein Gesuch seines Amtes als Marineminister unter Belassung im Amte eines Reichratsmitgliedes enthoben, und das Mitglied des Admiralitätsrats und Landesverteidigungsrats General-Adjutant Admiral Dikow zum Marineminister unter Belassung in der Würde eines General-Adjutanten ernannt worden. — Durch einen Allerhöchsten Erlaß an den Dirigierenden Senat wird befohlen, dem Marineminister die Rechte eines Oberbefehlshabers der Flotte und des Marineressorts zu gewähren und ihm die direkte Verwaltung des Personalbestandes, der Streitkräfte, des Frontdienstes in der Flotte und des Marine- und Generalstabes zu übertragen. Dem Gehülfen des Marineministers wird die direkte Leitung aller übrigen Verwaltungszweige übertragen, und zugleich werden ihm die Rechte eines Verwesers des Marineministeriums zuerkannt. Der neue Marineminister Admiral Zw. Mich. Dikow gehört dem Adel des Gouv. Chersson an und ist im Jahre 1835 geboren. Schon im Krimkrieg nahm er an der Verteidigung Sewastopols, später im russisch-türkischen Kriege (1877) am Bombardement Sulina's teil und bekleidete in letzter Zeit als Admiral den Posten eines Konseilmitgliedes der Admiralität und der Landesverteidigung. — Hierzu leitartikelt die „Lib. Zeitung“: „Es gab eine Zeit, in der man in Birilew den „kommenden Mann“ unserer Marine sah. Die Resultate seiner Tätigkeit als Marineminister haben uns jedoch diese Illusion geraubt. Seine Amtsperiode war eine Zeit schimpflicher Prozesse, eine Zeit toter Kommissionen, welche nach den Gründen der Niederlagen unserer Flotte bei Port-Artur und Tsushima suchten, aber natürlich nichts fanden, weil ihnen, wie die „Nowoje Wremja“ zu versichern weiß, es einfach verboten war, den wirklichen Gründen

nachzuforschen und die Mitschuldigen an der Niederlage zur Verantwortung zu ziehen. Aber es war auch eine Zeit, in welcher die Führer der Wirren Rußlands die weitgehendsten Versuche machten, den Matrosenbestand der Marine auf ihre Seite zu ziehen. Admiral Tschuchuin mußte sein Anknüpfen gegen diese Versuche mit dem Leben bezahlen. Die Aufstände in Sweaborg, Reval und Kronstadt mißlingen, so listig sie auch angelegt waren, um das ganze Geschwader in den Besitz der Revolutionäre zu bringen. Die Tätigkeit des Marineministeriums beschränkte sich unter Birilew darauf, daß es den Reformen des Kriegsministeriums kritiklos folgte und die Dienstzeit in der Marine herabsetzte oder dem Auslande nachahmte. An selbständigen Arbeiten leistete das Marineministerium die Streichung des Wortes „Kadetten“ in der Benennung des „Marinekadettenkorps“ und schuf unzählige Kommissionen, so daß schließlich ein Mangel an Männern eintrat, die an ihnen teilnehmen sollten. Es mußten schließlich verabschiedete Beamte herangezogen werden, um die allereinfachsten Fragen zu beraten. Gleichzeitig wurde zur Erlangung des nötigen Zensus das ganze unnötige und schädliche Versetzen der Offiziere und der Kommandeure von einem Schiff auf das andere fortgesetzt. „Die gegenwärtigen Leiter des Marineministeriums“ — so schrieb die „Now. Wrem.“ in einem Rückblick auf die Marinechronik des Jahres 1906 — „lassen keine Hoffnung auf bessere Tage der russischen Flotte aufkommen, so daß es kein Wunder ist, daß die Offiziere massenweise ihren Abschied nehmen, und im Marinekorps zum ersten Mal sich weniger Aspiranten gemeldet hatten, als Vakanzten waren. An eine Wiedererhebung unserer Flotte wird noch immer nicht gedacht. Die Werften stehen leer, aber dafür sind die Docks sonderbarerweise überfüllt mit den immer reparaturbedürftigen Torpedokreuzern, die während des Krieges für öffentliche Spenden gebaut wurden. 18 Millionen Rubel gab die Öffentlichkeit zum Bau von Schiffen her, für die irgendwelche „Spielzeuge“ gebaut wurden, welchen gar keine kriegerische Bedeutung innewohnt. Liegt darin nicht eine weitere Schmach und Schande?“ — Mit neuen Männern kommen neue Hoffnungen! Sollen diese nicht wieder zu Schanden werden, so muß mit der Regeneration unserer Flotte von Grund aus begonnen werden. Es gilt nicht, ein Flickwerk zu leisten, sondern ein vollständig neues Gebäude zu errichten, bei dessen Bau das alte Material — sowohl an Schiffen wie an Männern — nur sehr spärlich Verwendung finden darf“.

Das abflauende Interesse für die Lieferungssache Gurko-Lidwal wird abgelöst durch einen neuen Lieferungs-skandal, der zeitlich weit zurückliegt, aber erst jetzt an die Öffentlichkeit gezogen wird. Vor kurzem teilte die „Rus“ mit, daß gegen den Geheimrat F. P. Nikitin, Gehilfen des Ackerbauministers, vom Senat Anklage wegen mehrfacher Unterschleife erhoben worden ist, die er als Direktor des Forstdepartements im Jahre 1899 ausgeführt haben soll. Um diese Zeit hat Nikitin einen Vertrag mit der schwedischen Holzfirma Wilson, Stampe und Cie. über Fällung und Export von Bauholz im Petschoragebiet abgeschlossen. Nach Abschluß des Vertrages meldete der ältere Revisor der Domänenverwaltung des Gouvernements Wologda, Skafowski, daß die genannte Firma grobe Mißbräuche mit ihrem Vertrage treibe, daß sie das Holz nicht im Petschoragebiet, sondern an der nördlichen Dwina fälle und exportiere, wo das Holz fast dreimal so wertvoll sei,

wie an der Petschora. Alle Klagen Skafowskis wurden unter den Ministern Jermolow, Schwanebach, Rutler und Stischinski ignoriert, ja, um Skafowski den Mund zu stopfen, wurde dieser nach 25-jährigem Dienst statt mit 400 mit 1000 Rubeln Pension verabschiedet, worauf dieser Mensch mit dem „härtesten Undank“ reagierte und beim Senat klagbar wurde. Der Senat entsandte zur Untersuchung des Falles einen Beiraten, der nicht nur die volle Bestätigung der Anklagen Skafowskis mitbrachte, sondern auch die Fälschungen und Unterschleife Nikitins feststellte. Der Gehilfe des Oberprokurators Ramyschanski erhob hierauf gegen den Ministergehilfen Nikitin die Anklage, wobei er von dem einstimmigen Urteil von 21 Senatoren unterstützt wurde. Nach einer Meldung der „Birsh. Wed.“ ist der Sachverhalt folgender: Skafowski hatte vor acht Jahren in einem an das Landwirtschaftsministerium eingesandten Bericht darauf hingewiesen, daß sein nächster Vorgesetzter, Pawlowski, der Dirigierende der Domänen im Gouv. Wologda, die Krone dadurch schädige, daß er dem von der obengenannten schwedischen Firma geübten Mißbrauch nicht Einhalt gebiete. In jedem gefällten Stamm werde die Krone um annähernd einen Rubel und mehr geschädigt, weil die Tagation falsch sei und nicht dem Wert des Holzes im Dwinagebiet entspreche. Dieser Unterschleif schädige die Krone um viele Millionen. Der damalige Direktor soll die Untersuchung in dieser Sache aufgehalten haben, so daß sie erst im Herbst 1905 wieder in Fluß kam. Zunächst ist die Sache soweit gediehen, daß gegen F. P. Nikitin auf Grund des Art. 362 des Strafgesetzes das Gerichtsverfahren eingeleitet ist. Was diese Sache besonders ernst macht, ist die naheliegende Vermutung, daß die durch den Bericht Skafowskis enthüllten Unterschleife sich nicht allein auf die Holzlieferungen im Petschoragebiet, sondern auf fast alle Holzlieferungen der Krone erstrecken und viele Millionen Rubel betragen.

Die kürzlich erfolgte Ernennung des Generals von Wendrich zum Chef der Zentralbehörde für die Staatsbahnen hat in den Kreisen der Eisenbahningenieure die Befürchtung wachgerufen, daß General von Wendrich mit eisernem Besen dreinfahren werde. Man befürchtet, so sagt die „Pet. Gaz.“, daß nächstens etwa hundert Ingenieure den Dienst im Eisenbahnwesen werden aufgeben müssen.

Der Obermedizinalinspektor Geheimrat Dr. v. Anrep ist seinem Ansuchen gemäß seines Postens enthoben und zu seinem Nachfolger resp. Stellvertreter der Wirkl. Staatsrat Dr. Malinowski ernannt worden.

Um etwaigen berechtigten Klagen der nächsten Duma über Mißbräuche, die zu Gunsten der Beamten zu Recht bestehen, aber den Staatsfiskus nachteilig beeinflussen, zu begegnen, plant der Ministerrat mit Gesetzentwürfen zu kommen, welche jene Abnormitäten beseitigen. So verlautet, daß der Ministerrat sich gegenwärtig mit der Frage der Abschaffung der bis her nach Werst und Pferdezahl berechneten Fahrgelder für Beamten beschäftigte. Statt der sog. Progonelder sollen in Zukunft Diäten bewilligt und die Kosten der Eisenbahnfahrt nach dem Tarif vergütet werden. Nur wo Beamte in Amtsgeschäften wirklich Postpferde brauchen, soll die Entschädigung dafür nach der Pferdezahl berechnet werden. Man hofft durch diese Neuerung einige Millionen Rubel zu ersparen. — Ferner ist, den „Birshewyja Wjedomosti“ zufolge, die vor einiger Zeit in den Regierungskreisen aufgeworfene Frage



betreffs Beschränkung des Beamtenetats sämtlicher Behörden aufs neue in Anregung gebracht worden. Die Reorganisation der Stats soll in größerem Maßstab durchgeführt werden. Von derselben werden nicht nur die niederen, sondern auch die höheren Beamtenkategorien mit Gehaltsätzen von 5—6000 Rbl. betroffen. Ferner erwartet man außer diesen Etatbeschränkungen bedeutende Ersparnisse von dem zwangsweisen Rücktritt von Personen, die bereits pensionsberechtigt sind, aber ruhig weiter dienen. Außerdem soll eine gemischte Kommission eingesetzt werden, welche feststellen soll, inwieweit ohne Nachteil für den Geschäftsgang die Zahl der Beamten für besondere Aufträge bei den Ministerien und Oberdirigierenden beschränkt werden kann.

Blättermeldungen zufolge ist das Bittgesuch um eine besondere Vertretung für die russische Bevölkerung der Grenzmarken in der Reichsduma in folgendem Sinne entschieden worden: eine besondere Vertretung, aber nicht in der Reichsduma, sondern im Reichsrat wird dem Nordwestgebiet, den Ostseeprovinzen und dem Kaukasus anheimgestellt werden, und zwar nicht laut Wahl, sondern laut Ernennung.

Die Termine für die Wahl der Reichsduma-Abgeordneten in den Städten sind folgende: am 6. Februar in Wilna, Woroneß, Kasan, Kiew, Kischnew, Kursk, Moskau, Odeßa, Orel, Kostow a. Don, Nachitschewan, Saratow, Tula, Jaroslaw und Taschkent (die russische Stadt); am 7. Februar in Jekaterinoslaw und Lodz, am 8. Februar in Astrachan und Taschkent (Sartenstadt), am 12. Februar in Nishni-Nowgorod und Samara, am 14. Februar in Warschau und am 16. Februar in Petersburg.

Der Leader der friedlichen Erneuerung, Fürst Eugen Trubezkoj, prophezeit in seinem „Mosk. Jeschenedelnik“ dem „Zentrum“ ein Fiasko und legt die Schuld daran den Kadetten und ihrer zweideutigen Politik zur Last. Das Zentrum zerfalle nach rechts und nach links, die Oktobristen hätten längst das Recht verloren, sich zum Zentrum zu zählen, während die Kadetten allmählich der exklusiven Linken zufielen; ihnen folge auch Kowalewsky mit seinen demokratischen Reformlern, und, ebenso wie die „Sslowo“, wirft Trubezkoj dem Herausgeber der „Strana“, diesen Appell zur Vereinigung mit den Sozialisten vor. „Die Revolutionäre—sagt Fürst Trubezkoj—wissen was sie tun; wir aber, wissen wir es wohl, was wir tun, wenn wir ihnen die Hand reichen?“ Daß die Kadetten es wissen, steht wohl außer Frage, vorläufig kommt es ihnen aber nur darauf an, überhaupt in die Duma durchzubringen—das Weitere wird sich geben. Daß das „Zentrum“ im Sinne Trubezkows sich bei den Wahlen zersplittern und wenig oder gar keinen Erfolg haben wird,—ist unter solchen Umständen wohl zu erwarten. Die „Sslowo“ spricht indessen die Zuversicht aus, daß sich später, in der Duma selbst, ein Zentrum bilden würde, da ohne das die Existenz einer arbeitsfähigen Duma in Frage gestellt werden würde—und das Bedürfnis an einer solchen Volksvertretung sei im Lande zu fühlbar geworden, als daß man an dem Zustandkommen einer solchen Gruppierung zweifeln könne.

Am 10. Januar begann, wie die Now. Wremja berichtet, in dem kleinen finnländischen Städtchen Kiwinem, 23 Werst von Terijoki, der Prozeß wegen Ermordung des früheren Reichsdumadeputierten Herzenstein. Nach

den finnländischen Gesetzen geht erst eine Untersuchungsitzung dem eigentlichen Prozeß vorher, auf der dann die Schuld oder die Nichtschuld dieser oder jener Person festgestellt wird, worauf dann das Kriminalverfahren eingeleitet werden kann.—Am 10. Jan. verhörte nun der Richter Selin unter Assistenz von 8 finnländischen Beisitzern aus der örtlichen Bevölkerung eine Reihe von Zeugen. Das Hauptinteresse beanspruchen die Aussagen der Zeugen, der Arbeiter Lawrow und Sorin, früherer Angehöriger des Verbandes der russischen Leute. Den beiden Zeugen ist der Vorschlag gemacht worden, den Oberingenieur der Semjanikowschen Fabrik zu ermorden, und als sie sich weigerten, sind sie aus dem Verbands des russischen Volks ausgeschlossen worden. Die Verhandlung in Terrijoki hat ergeben, daß der Mord von drei Personen Laritschkin, Topolow und Alexandrow ausgeführt ist, die sich im Gebüsch versteckt hatten. Einer der am Morde Beteiligten, Ssergei Alexandrow soll bereits in Petersburg verhaftet sein. Die zwei anderen Angeklagten, Laritschkin und Topolow, sind aus Petersburg geflohen und werden nun von der Polizei gesucht. Laritschkin wird auch in einer anderen Mordsache, die den Tod des Arbeiters Muchin betrifft, zur Verantwortung gezogen. Alle drei Angeklagten gehören dem Verbands des russischen Volks an. Diese Tatsache lastet schwer auf dem Verbands, der als erster die Legalisierung erhielt, es wäre der einzige terroristische Verband, der genehmigt ist, wenn es sich als wahr erweist, was das Verhör jener Zeugen ergab. So lange die des Mordes Beschuldigten nicht nach Finnland ausgeliefert sind, wird die Sache ruhen müssen. Kommt es zur Bestätigung der Anklage, so wird Hohn und Spott sich nicht nur über den Verband des russischen Volks ergießen, sondern auch über die anderen, die sich offen oder heimlich mit ihm zum Wahlkampf verbunden haben.—Der im Prozeß wegen der Ermordung Herzensteins mit der Vertretung der Interessen der Hinterbliebenen des Ermordeten betraute Rechtsanwalt G. J. Weber hat dem Petersburger Korrespondenten der „R. Sl.“ Mitteilungen über den Verband des russischen Volks gemacht. Die Mitteilungen sind aus dem reichen Material geschöpft, welches der Rechtsanwalt gelegentlich der von ihm geleiteten Untersuchung in der Mordsache gewonnen hat. Danach besteht die Organisation des Verbandes in folgendem: Dem Konseil, mit Dubrowin und Puryschkewitsch an der Spitze, stehen zur Seite die Kampfdruschina, die Kamorra der Volksjustiz und die Strafexpedition. Die Kamorra ist das Exekutivorgan für alle geheimen Beschlüsse des Konseils. Die Strafexpeditionen haben ihre besondere Leitung, an deren Spitze ein Mann steht, der sich „Oberst“ nennt. Ein solches „Strafkommando“ hat sich im Oktober nach Jusowka begeben, wo es bis heute wirken soll. Das Kommando zählt neun Personen, die jede 60 Rbl. Monatsgage erhalten. Es war ein offenes Eingreifen dieser Leute in den Gang der Dinge im Süden geplant, doch ist der Plan nicht zur Ausführung gekommen. Die Kampforganisationen des Verbandes verfügen über Revolver, Totschläger, Panzer und Bomben. Der Verband verfügt über recht bedeutende Mittel; in den letzten vier Monaten hat er ca. 200 000 Rbl. ausgegeben. Bemerkenswert ist, daß die Mittel sehr leicht beschafft werden. So fehlt es auch nicht an dem Gelde für die Herausgabe der „Russk. Snamja“. Auch ein eigenes humoristisches Journal gibt der Verband heraus. Ueberhaupt produziert er viel Tagesliteratur



in Gestalt von Flugschriften u. a., die in Mengen in die Provinz geschickt werden. Die Enthüllungen der letzten Zeit haben vielen die Zugehörigkeit zum Verbandsverbande verleidet und manche zum Austritt aus dem kompromittierten Verbandsverbande bewogen.

„Rußland für die Russen“. Unter diesem Namen ist am 4. Januar, ein neuer Verein legalisiert worden. Gründer des Vereins sind der Staatsrat S. A. Korolenko, der Hofrat M. J. Spasski, der Hofrat M. W. Grinjakin und der Absolvent der Kiewischen Universität L. S. Kunzewitsch. Der neue Verein hat sich die Hebung des nationalen Selbstbewusstseins, die Stärkung der griechisch-katholischen Religion und die Vereinigung aller russisch denkenden Leute zur Paralyseierung des nivellierenden Kosmopolitismus und des um sich greifenden Unglaubens zur Aufgabe gesetzt. Diese Umtauung des Verbandes des russischen Volkes soll erfolgt sein wegen der vielen nicht gerade sehr erfreulichen Enthüllungen der letzten Zeit.

Über den „Verband vom 17. Okt.“ fällt Graf Heyden, der Führer der Erneuerer in einem Interview ein recht hartes Urteil, weil nach dem Ausscheiden von Schipow und anderen der Verband eine starke Schwenkung nach rechts gemacht habe. Auch Fürst Trubezkoi erklärt in seinem Organ „Mosk. Jeschenedjelnik“, daß die „Friedlichen Erneuerer“ weder an Blocks teilnehmen würden, wo unter einer konstitutionellen Flagge (etwa der Oktobristen) die Tschernossotenzy eingeschmuggelt werden sollen, noch an solchen, wo Sozialdemokraten und noch weiter nach links stehende Elemente in irgend einer Form beteiligt sind. — Während bisher die Leitung des Oktober-Verbandes stets ein Zusammengehen mit den „Monarchisten“ abgelehnt hat, meldet jetzt ein Agenturtelegramm, daß von dem Verbandsverbande den „Monarchisten“ (dessen Vorsitzender bekanntlich Gringmuth ist) ein Platz in dem Gouv. Moskau abgetreten ist und der „Herold“ meldet sogar, daß der „Verein zur aktiven Bekämpfung der Anarchie“ beschlossen hat, eventuell mit den Oktobristen bei den Wahlen gemeinsame Sache zu machen. So wenigstens erklärte der Präsident des ultrareaktionären Vereins Herr Desjorie. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß in der „Slowo“ ein Gesandter erschienen ist, worin der Führer Gutschkow aufgefordert wird, eingedenk der schlimmen Erfahrung bei den vorigen Wahlen, eine kategorische Erklärung gegen die reaktionären Parteien zu erlassen, da sonst der Verband bei allen konstitutionell-Gesinnnten kompromittiert würde.

M. J. Gutschkow, der Leader der Oktobristen, soll, wie die „Russi“ erfährt, als Präsident des Zentralkomitees des Verbandes vom 17. Oktober zurücktreten. Seine Stellung werde der bekannte Rechtsanwalt Plewako einnehmen. Gerüchweise verlautet, daß Gutschkows Rücktritt infolge der Enthüllungen der Zeitung „Wet“ erfolgt; dieses Blatt hatte berichtet, daß Gutschkow zur Erlangung des Wahlzensus eine Mühle im Kaschirskischen Kreise erworben habe, wobei er nicht ganz korrekt vorgegangen sei. Auf die Anschuldigungen des „Wet“ hat Gutschkow bis jetzt nicht geantwortet.

Das Moskauer Komitee der „Partei der friedlichen Erneuerung“ ist nach eingehender Erörterung der Frage über Beteiligung der Partei an den bevorstehenden Reichsdumawahlen in Moskau und über das selbständige Eingreifen der Partei in die Wahlkampagne dahin überein gekommen, daß ein aktives Auftreten der Parteimitglieder, deren Zahl recht be-

schränkt ist, zu unterbleiben habe. Abgesehen von der geringen Mitgliederzahl, verfügt die Partei auch nicht über die erforderlichen Lokal-Organisationen in den städtischen Wahlbezirken, so daß nennenswerte Erfolge bei den Wahlen überhaupt nicht erzielt werden könnten.

Ausland.

Deutschland. Der neugewählte Reichstag wird, laut den letzten Nachrichten folgendermaßen zusammengesetzt sein. Das Zentrum hat 105 Sitze inne, die konservative Partei 59, die Nationalliberale 55, die Sozialdemokraten 43, die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Volkspartei zusammen 46, die Reichspartei 21, die Wirtschaftliche Vereinigung 15, die Polen 20, der Bund der Landwirte 8, die Elsäßer 7, die deutsche Reformpartei 6. Ferner werden 10 Parteiloze, 1 Welfe und ein Däne im Reichstage als Abgeordnete sitzen. Im Vergleich zur Stimmenzahl der einzelnen Parteien im Reichstage haben verloren: die Sozialdemokraten 36 Plätze, die Welfen und Elsäßer je drei und die Reichspartei einen Sitz. Gewonnen haben die Freisinnigen Parteien zusammen 9 Sitze, die Konservativen 6, die Parteilozen 6, die Nationalliberalen 5, der Bund der Landwirte 5, die Polen 4, das Zentrum 2, die Wirtschaftliche Vereinigung 2 Sitze. Welche Bedeutung diese Zusammensetzung des neuen Reichstages für die deutsche Politik voraussichtlich haben wird, darauf werden wir in der nächsten Nummer unseres Blattes näher eingehen. Für heute wollen wir nur darauf aufmerksam machen, daß die reaktionäre preußische Politik gegen die Polen das Resultat gehabt hat, daß anstatt 16 polnischer Abgeordneter nunmehr 20 solcher in der deutschen Volksvertretung sitzen werden.

Als ein erfreuliches Ereignis ist die Veröffentlichung des nachstehenden kaiserlichen Erlasses — am Geburtstage des deutschen Kaisers — zu betrachten: „Es entspricht meinem Wunsche, daß wegen Majestätsbeleidigung oder Beleidigung eines Mitgliedes meines königlichen Hauses nur solche Personen die gesetzliche Strafe erleiden, welche sich jener Vergehen mit Vorbedacht und in böser Absicht, und nicht bloß aus Unverstand, Unbesonnenheit, Übereilung oder sonst ohne bösen Willen schuldig gemacht haben. Ich beauftrage daher Sie, den Justizminister, mir, so lange nicht das Gesetz eine entsprechende Einschränkung der Strafbarkeit enthält, fortlaufend von Amts wegen über alle nach dem Angeführten berücksichtigungswerten Verurteilungen behufs meiner Entschliebung über Ausübung des Begnadigungsrechtes zu berichten. Berlin, den 27. Januar 1907. Wilhelm, K. Fürst v. Bülow. Befehl.“ — Den ganzen Wert dieses Erlasses kann nur derjenige ermessen, der die Entwicklung der gerichtlichen Verfolgungen wegen ganz geringfügiger Äußerungen in Deutschland beobachtet hat. Seit den letzten Jahren des Bismarckschen Regimes nahm die Zahl der s. g. Majestätsbeleidigungsprozesse in Preußen einen geradezu grauenhaften Umfang an. Es ist daher begreiflich, daß der Erlass des Kaisers allgemeine Befriedigung hervorruft.

Ein interessantes Urteil über die deutsche Sozialdemokratie aus dem Munde des hervorragenden italienischen Sozialisten Bissolati teilt der römische Korrespondent des „B. T.“ mit: „Die Wahlniederlage“, so erklärte Bissolati, „ist für die deutsche Sozialdemokratie eine heilsame Lehre, denn sie tut dar, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr die Volksstimmung darstellte. Und das ist, was mich am meisten



wundert. Übrigens war die deutsche Sozialdemokratie weder Fisch noch Fleisch, weder revolutionär noch reformistisch und verstand ihrem Ziele nicht die Mittel anzupassen. Bernsteins Durchfall ist sein Triumph! Will die Sozialdemokratie vorwärts kommen, so muß sie auf die fruchtlose romantische Meinsagerie verzichten, muß im Bunde mit den liberalen Parteien für Freiheit und fortschreitenden Ausbau des Verfassungsstaates eintreten, muß endlich mit der Regierung an jener sozialen Gesetzgebung mitarbeiten, die ein Vorbild für alle Staaten ist. — Nur im Anstreben langsamer Reformen, in praktischer Arbeit an der Verbesserung des Volkswohles kann das zukünftige Programm der Sozialdemokratie bestehen. Das ewige Meinsagen hat keinen Zweck.

Frankreich. Ungefähr 30 Bischöfe hielten am 15. Jan. zu Paris im Hause des konservativen Deputierten Denys Cochin unter dem Vorsitz des Kardinal-Erzbischofs Richard eine Versammlung ab, in welcher die von dem Bischof von Orleans aus Rom zurückgebrachte, von dem Papst genehmigte Erklärung angenommen wurde. In dieser Erklärung, deren Wortlaut bereits auf der letzten Bischofsversammlung im Schlosse La Muette festgestellt wurde, und die am Dienstag vom „Figaro“ veröffentlicht wurde, heißt es u. a.: „Wir halten unerschütterlich den allgemeinen Einspruch gegen das Trennungsgesetz und die anderen darauf bezüglichen Bestimmungen aufrecht. Gemeinsam mit dem Heiligen Vater verlangen wir für die Kirche Frankreichs Achtung ihrer Hierarchie und Unverletzlichkeit ihrer Güter und ihrer Freiheit. Die Kirchengüter, deren wir in unwürdiger Weise beraubt wurden, werden unaufhörlich von ihren rechtmäßigen Besitzern beansprucht werden, an deren Stelle ohne besondere Ermächtigung des Papstes niemand auch nur vorübergehend treten kann. In dem gegenwärtigen Kampfe wollen wir alles aufbieten, um bis zum letzten Augenblick die Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes in unserer Kirchen zu ermöglichen und die geweihten Orte gegen jede Profanierung zu verteidigen. Ausschließlich zu diesem Behufe werden wir uns herbeilassen, Versuche zur Organisierung des öffentlichen Gottesdienstes zu machen, wenn die Unklarheiten gewisser Bestimmungen des Gesetzes von 1907 beseitigt werden. Ein zwischen den Präfekten oder Bürgermeistern einerseits, den Bischöfen oder Pfarrern andererseits abgeschlossener Vertrag wird entsprechend dem Wortlaut des Gesetzes den Geistlichen den Mißbrauch der gottesdienstlichen Gebäude sichern können. Bezüglich dieses Vertrages legte das Gesetz den zivilen Parteien nur die Bedingung auf, daß der Mißbrauch unentgeltlich sei. Wir erklären, daß der Mißbrauchvertrag entweder überall angenommen werden wird, oder daß wir ihn nirgends annehmen. Diese Verträge werden erst von dem Augenblick an in Geltung treten, in dem die Klauseln einstimmig von den Vertretern einer Gemeinde oder sonstiger Behörden genehmigt sein werden. Das ganze Land wird unsere Bedingungen zu würdigen wissen. Es wird sehen, daß wir nur das Heil der uns anvertrauten Seelen im Auge hatten.“ — Der Erklärung liegt ein Schema eines solchen zwischen den Geistlichen und Bürgermeistern abzuschließenden Vertrages bei, nach welchem den Pfarrern die Kirchenpolizei überlassen wird, abgesehen von solchen Pfarreien, wo der Bürgermeister zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung einzuschreiten genötigt sein würde.

Oesterreich-Ungarn. Am 17. Januar laufen die Voll-

machten der Reichsratsabgeordneten ab. Infolge dessen fand am 16. Januar die letzte Sitzung des Reichsrats statt. Der Präsident gab in seiner Abschiedsrede eine Uebersicht über die fruchtbringende Tätigkeit des Reichsrats und wies auf die Durchführung der Wahlreform hin. Der Präsident dankte dem Präsidium für dessen Mithilfe und bat die Abgeordneten, ihm ein gutes Andenken zu bewahren. (Stürmischer Beifall). Hierauf brachte er ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches das Haus dreimal begeistert einstimmte. Der Zentrumsführer Dr. Rathrein dankte dem Präsidenten im Namen aller Parteien für die unparteiische Leitung der Verhandlung, was mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Die Abgeordneten verabschiedeten sich von den Mitgliedern der Regierung in herzlicher Weise.

Holland. Die Staatskommission zur Revision der Verfassung hat unter andern dem Parlament folgende Vorschläge gemacht. Zum Abschluß aller Staatsverträge ist die Zustimmung der Generalstaaten erforderlich. Den Frauen wird das politische Wahlrecht erteilt. Die erste und die zweite Kammer werden nach gleichem Wahlrecht gewählt. Die erste Kammer darf zu allen Gesegentwürfen der zweiten Kammer Verbesserungsvorschläge einbringen, mit Ausnahme des Staatshaushaltes.

Serbien. — In Belgrad ist im Palais des Königs eine Explosion erfolgt. Es soll eine Bombe gewesen sein, die im Palast großen Schaden angerichtet hat. Weiter geht das Gerücht, daß in den Toilettenräumen des Königs eine Höllemaschine aufgefunden worden ist, die durch frühzeitiges Losgehen ihren Zweck verfehlt hat. Der Palast wird scharf bewacht. Die Posten sind verdoppelt worden. Ein starkes Polizeiaufgebot umstellt in weitem Kreise den Konak. Der Eintritt in den Palast ist nur unter besonderen Vorichtsmaßregeln gestattet.

Nachrichten aus dem Kaukasus.

— **Tiflis.** Die Reichsdumavorwahlen haben hier mit einem Siege der Sozialdemokraten geendet, indem von den 80 gewählten Personen 56 zu ihnen gehören; die übrigen 24 sind Mitglieder der armenischen Vereinigung Dschakatzjun. — Auch aus Kutais, Batum und Baku kommen Nachrichten über einen ähnlichen Sieg der Sozialdemokraten bei den Wahlen.

— Der seinerzeit geraubte Gymnast Aramjanj ist unter eigentümlichen Umständen in Scharatschaly in einem Duchan gesund und munter wiedergefunden worden.

— Über die Beschlüsse der „privaten“ Beratung in der Schulfrage, welche auf Anregung des Herrn Oberpastors Wiren (Helenendorf) hier selbst am 23. Januar stattgefunden hat, können wir leider nur vom Hörensagen berichten, da die Versammlung aus ihrer bürokratischen Abgeschlossenheit in keiner Weise herauszutreten wünschte. Niemand anders außer den Mitgliedern der geheimnisvollen Kommission durfte an der Beratung der letzteren teilnehmen. Dem Finanzausschuß der Schulkommission unserer Petri-Pauli-Kirchengemeinde war allerdings scheinbar die Erlaubnis erteilt worden, der Sitzung beizuwohnen, aber als die zu derselben gehörigen Herren zur festgesetzten Stunde erschienen, erwies es sich daß sie zu spät gekommen waren. Herr Oberpastor Wiren hatte nämlich geglaubt, der Kommission läge nur daran, die Ergebnisse der Beratung zu erfahren, nicht aber persönlich an derselben teilzunehmen,



und hatte die Herren daher zu einer späteren Zeit bestellt. Das Versteckenspielen in einer so wichtigen Angelegenheit, wie es die Schulfrage ist, ist gar nicht zu verstehen. Fürchtete etwa Herr Oberpastor Wiren, daß seinen Vorschlägen seitens der „unberufenen“ Sachverständigen Einreden entgegengesetzt werden könnten, deren Widerlegung seinen Aufenthalt hier am Orte notgedrungen verlängert hätte? Die Erklärung betreffs der durch die Verhältnisse bedingten Exklusivität erscheint wenig stichhaltig, da die Genehmigung des General-Gouverneurs zu einer öffentlichen Besprechung der Schulangelegenheit ohne weiteres zu erlangen gewesen wäre. Daß ein Vertreter der „Kauk. Post“ zugelassen worden wäre, bewahre! Unser Blatt ist den Herren Pastoren zu wenig genehm, da es die Kolonien „unnötigerweise“ so früh zur Bekanntschaft mit Dingen verhilft, die zu wissen für sie noch zu gefährlich ist!“ — Es soll beschlossen worden sein, in Helenendorf eine Zentralschule zu gründen; von einer Verständigung mit den Tiflisern ist total abgesehen worden. Die Mittel zum Unterhalt der ins Leben zu rufenden Schule sollen auch schon ausfindig gemacht worden sein. Mariensfeld war nicht vertreten, auch Alexandersdorf soll keine Deputierten entsandt haben.

— Am Mittwoch, den 24. Januar um 5 Uhr nachmittags hat im Lokal der Petri-Pauli Kirchenschule die Jahresitzung des hiesigen evang.-luther. Frauenvereins stattgefunden. Auf der Tagesordnung standen. 1) das Verlesen des Berichts für das Jahr 1906, und 2) die Wahl: a) 3 Damen in die Revisionskommission und b) 2 Damen in die Sitzung des Siechenhauses. Erfreulicherweise hatte sich ein Viertel der Zahl aller Mitglieder zur Sitzung eingefunden, so daß diese als beschlußfähig gelten und somit eröffnet werden konnte. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Einnahmen des vorigen Jahres sich auf 7 397 Rbl. 94 Kop. beliefen, zusammen mit dem Rest vom Jahre 1905 — 11 726 R. 14 K. Ausgegeben wurden im ganzen 6 683 R. 48 K.; davon entfielen auf das Siechenhaus 4 929 R. 24 K. Das Haus beherbergte zum Schluß des Jahres 28 Frauen (20 luth., 6 orth., 2 kath.) u. 3 Kinder (luth.); außerdem hat es 36 Damen zeitweilige Unterkunft geboten. — Gewählt wurden in die Revisionskommission die Damen: E. Raufewitsch, J. Siccard, E. Wulf; in die Sitzung des Siechenhauses: Fr. L. Kratky u. Fr. Past. Piphtalejs. Der ausführliche Bericht des Frauenvereins befindet sich schon im Druck und wird derselbe hoffentlich am Sonntag der Frühjahrskollekte, den 11. März, in der Kirche zur Verteilung gelangen können.

— Auf der am Sonntag, den 28. Januar, stattgehabten Versammlung der örtl. evang.-luther. Petri-Pauli-Kirchengemeinde, welche nur mittelmäßig besucht war (68 Mitglieder), wurde zunächst der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1906 verlesen und darauf zur Wahl eines neuen Kirchenratspräsidenten geschritten. Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu ersehen, daß die Einnahmen der Kirchenkasse, eingerechnet den Barbestand zum 1. Januar 1906 (340 Rbl. 73 Kop.) 10 748 Rbl. 16 Kop., die Ausgaben dagegen 10 069 Rbl. 79 Kop. betragen haben. Zum 1. Jan. d. J. verblieb somit ein Saldo von 678 Rbl. 37 Kop. Die Einnahmen bildeten:

Mieten	4 402 Rbl. — Kop.
Beiträge der Mitglieder	1 254 " 50 "
Kirchenkollekten	607 " 44 "
Kollekten zu besonderen Zwecken	2 829 " 30 "
Zinsen	833 " 39 "
Verschiedene Einnahmen	475 " 80 "

Die Ausgaben bildeten:

Gehälter der Angestellten	2 510 Rbl. — Kop.
Pensionen an Witwen	720 " — "
Kirchenbedürfnisse	254 " 52 "
Immobilien- Stadt- und Kronsabgaben	834 " 38 "
Unterhalt der Immobilien (Versicherung 253 R. 59 K., Wasser 278 R. 95 K., Beleuchtung und Beheizung 176 Rbl. 34 Kop.; Reparaturen 372 R. 12 K. usw.)	1 309 " 35 "
Beiträge zum Unterhalt der Schule	1 385 " 43 "
Zahlungen für unbemitt. Schüler	144 " — "
Beerdigung Unbemittelter	53 " — "
Kleine Ausgaben	29 " 81 "
An Kollekten ihren Bestimmungen (Unterstützungskasse, Mission, Blindenasyl usw.) zugeführt	2 829 " 30 "

Die Legaten-, Armen- und Friedhofskassen hatten zusammen Einnahmen 1 688 " — " Ausgaben 1 631 " 73 " also verblieb ein Saldo von 56 " 27 "

Einen bedeutenden Teil der soeben erwähnten Ausgaben verursachte die Remonte der Kirchhofmauer und die Neuanschaffung eines eisernen Tors, nämlich 1 046 Rbl. 98 Kop. — Die Schulkasse hatte zum 1. Jan. 1906 einen Barbestand von 425 Rbl. 55 Kop., Einnahmen im Laufe des Berichtsjahres 5 524 Rbl. 60 Kop. und Ausgaben (Gehälter 5 722 Rbl. und anderw.) 5 950 Rbl. 15 Kop. — Die Wahl eines Kirchenratspräsidenten verlief etwas stürmisch und endete schließlich mit der Wiederwahl des früheren Präsidenten Gymnasialdirektors Winkl. Staatsrats Karl Dahn (mit 40 gegen 25 Stimmen), welcher sich schon vor der Sitzung schriftlich bereit erklärt hatte, eine eventuelle Wiederwahl anzunehmen.

— Nach mehreren schwachen Anläufen ist in der vergangenen Woche auch bei uns der Winter eingekehrt. Am 27. und 28. Januar fiel dichter Schnee, der anfänglich im Straßenverkehr manche Störungen verursachte. Sonntag, am 28. zeigten sich auf den Straßen zahlreiche Schlitten, die von Freunden einer „weichen“ Fahrt mit Vergnügen benutzt wurden. Das ungewöhnliche Winterbild lockte zahlreiche Spaziergänger, besonders jüngere Leute hinaus, die sich mit echt Tiflisier Ausgelassenheit am Schneeballwerfen belustigten und besonders die Damen belästigten. Am 29. Januar trat Tauwetter ein, die Temperatur stieg wieder über den Nullpunkt und die große Schneemasse fing an in Wasser und Kot aufzugehen. Wahrscheinlich war dies der letzte Akt unseres Winters, denn schon zwitichern in den Morgenstunden die Vögel und die Knospen den Mandelbäume sind dem Aufblühen nahe.

— **Baku.** Zur Geburtstagsfeier des deutschen Kaisers fand hier am 14. Jan. im Hotel „Metropol“ ein Festabend statt, der von einer zahlreichen deutschen Gesellschaft besucht war und sehr angenehm verlief. Das Unterhaltungsprogramm war reichhaltig, wurde gut ausgeführt und scheint alle Teilnehmer befriedigt zu haben. Der Reinertrag wurde dem Baukomitee des ev.-luth. Siechenhauses überwiesen. Das Gelingen des Abends ist zum guten Teil dem hiesigen deutschen Frauenverein zu verdanken, welcher überhaupt sehr tätig ist und nicht nur das Werk der Wohltätigkeit übt, sondern auch für das Fortkommen unserer deutschen Schule sorgt, welcher leider viele unserer Gemeindeglieder wenig Interesse entgegenbringen. An den Gemeindeversammlungen beteiligen sich gewöhnlich nur wenige, die besonders eingeladen werden, während doch im Interesse der Sache zu den Beratungen über Gemeinde-, besonders Schulangelegenheiten alle Mitglieder zu erscheinen das Recht haben sollten. **G. B.**

— Laut Nachrichten der „Torg Prom. Gas.“ dauert der Streik auf den Baku-er Naphthawerken fort, und zwar



sind es die sogenannten partiellen Streike, die derart veranstaltet werden, daß die Arbeiter eines oder auch mehrerer Werke streiken, Forderungen geltend machen, Zugeständnisse erwirken und dann wieder an die Arbeit gehen; darauf streiken die Arbeiter anderer Werke, erlangen ihrerseits Zugeständnisse, worauf der Streik hier eingestellt wird und wieder auf anderen Werken anfängt, usw. Diese Art der Streiks hat für die Arbeiter den Vorteil, daß sie den Naphthaindustriellen nicht die Möglichkeit bietet, sich zur Bekämpfung der Streike zusammenzuschließen. Da der Arbeitslohn und andere Arbeitsbedingungen auf verschiedenen Werken verschieden sind, so bieten die Industriellen ein Bild vollständiger Desorganisation. Jeder Naphthaindustrielle hat also für eigene Rechnung und Gefahr vorzugehen. Somit fehlt den Naphthaindustriellen für einen Zusammenschluß die Basis, welche durch einen allgemeinen Streik, der alle Werke in eine gleiche Lage bringen würde, gegeben wäre. Gegenwärtig hält aber jeder Industrielle die Einstellung der Arbeiten auf „seinem“ Werke für das größte Uebel, so daß auf einigen Werken Forderungen von Arbeitern befriedigt werden, die auf anderen Werken schwer zu erfüllen sind. Eine der Hauptforderungen der Arbeiter besteht dem genannten Blatt zufolge darin, daß sie für langjährigen Dienst eine Erhöhung der alljährlich dafür gezahlten Gratifikationen verlangen. Jeder Arbeiter hat ein Anrecht auf eine alljährlich zu zahlende Gratifikation, entsprechend der Anzahl der Jahre, während welcher er auf dem Werke beschäftigt gewesen ist. Für einige alte Arbeiter stellt sich die Gratifikation auf 80% ihres Gehalts. Diese Forderung ist für viele Werke vollständig unerfüllbar, während andere Werke auch auf diese Forderung eingehen, nur um ihre Arbeit nicht zu unterbrechen.

Aus den Kolonien.

Helenendorf. — Die Gründung von Konsumgenossenschaften in unsern transkaukasischen Kolonien ist eine erfreuliche Tatsache und bedeutet einen Fortschritt. Eine Konsumgenossenschaft hat den Einkauf von Bedarfsgegenständen für die Mitglieder zum Zweck, wobei sie aber ihre Aufmerksamkeit nicht auf möglichst großen Gewinn richtet, wie der Kaufmann, sondern auf den möglichst billigen Absatz der Ware. Das Genossenschaftswesen hat sich in Deutschland und in der Schweiz in der letzten Zeit sehr rasch entwickelt. Auf allen Gebieten schließen sich Leute, die gleiche Interessen haben, zusammen und werden durch diese Vereinigung so stark, daß sie sogar mit großen Kapitalisten konkurrieren können. Es wurden nicht nur Genossenschaften gegründet zum gemeinschaftlichen Einkauf von Verbrauchsgegenständen, sondern auch zum Absatz ihrer Produkte. Dann giebt es aber noch Vereine, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, einen besondern Zweig der Landwirtschaft zu fördern, wie z. B. die Pferde-, Vieh- Geflügelzucht usw. Diese Genossenschaften sind von großer Bedeutung und unterstützen hauptsächlich den kleinen Mann, der keinen Kredit genießt und deswegen oft gezwungen ist, seine Produkte (Wein) zu Spottpreisen zu verkaufen, während der Vermögende ruhig ein Steigen der Preise abwarten kann. Beim Einkaufen bezahlt der Arme gewöhnlich höhere Preise. Durch Vereinigungen soll also bezweckt werden: erstens—die billige Anschaffung von Verbrauchsartikeln, zweitens—der vorteilhaftere Absatz eigener Produkte und drittens—die Hebung der Wirtschaft durch rationellen Betrieb.

Unsere Kolonien haben mit dem ersten begonnen, doch müssen sie das Weitere jetzt schon vorbereiten. Der bessere Verkauf der eigenen Produkte bleibt das wichtigere für den Landwirt. Z. B., wenn Helenendorf 300 000 Eimer Wein produziert und wenn durch den genossenschaftlichen Verkauf ein Mehr von 10 Kop. am Eimer erzielt würde, so macht das für die Gemeinde schon 30 000 Rbl. aus. Das ist Reingewinn! Beim Konsumhandel ist letzterer doch bedeutend geringer. Doch ist wenigstens schon ein Anfang gemacht mit dem Genossenschaftswesen, das unsern Kolonien zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen soll, und darum, Ihr Gleichgesinnten, schließt euch zusammen, wirkt mit vereinter Kraft, und Ihr werdet, wahrlich, mehr ausrichten als bis jetzt!

Der Helenendorfer Konsumverein hat nun schon sein drittes Arbeitsjahr hinter sich und es kann ihm nichts schaden, wenn er etwas von der Seite kritisch beleuchtet wird. Fragen wir nun, wie ist er seinem Zweck, die Mitglieder mit dem Notwendigen zu versorgen, nachgekommen? Hier muß leider gesagt werden, daß er nicht das geleistet hat, was er hätte leisten können. Damit meinen wir aber nicht, daß der Verein nachlässig gewesen wäre, nein, er hat sogar zu viel getan, aber nicht am richtigen Ort. Er suchte neben den wirklichen Bedürfnissen der Mitglieder, auch dem Luxus zu genügen. Das war ein falscher Grundsatz! Bezeichnend für die bisherige Tätigkeit unsres Vereins ist die Äußerung eines auswärtigen Kolonisten, welcher über unseren Laden sagte: „S' wäre Alles guet und s'che, wenn no et so viel Gega dort wäre!“ Was die Mehrzahl der Mitglieder in der Wirtschaft und Haushaltung durchaus braucht, ist oft nicht vorhanden, dagegen aber eine Menge Luxusartikel. Bedarfsartikel ersten Ranges wie, Schwefel und Bitriol, von welchen in Helenendorf jährlich ein ziemlich bestimmtes Quantum verbraucht wird, sollten schon jetzt von jedem bei der Verwaltung im voraus bestellt werden, denn sonst riskiren wir es, im Sommer ohne diese Gegenstände zu bleiben. Große Bestellungen von feinem teuren Schuhzeug in Petersburg zu machen, ohne sich durch Unterschrift der Abnahme zu versichern, erscheint dagegen unzulässig.

Der Zweck dieser Zeilen ist nicht, wie vielleicht mancher meinen wird, die Verwaltung unsres Vereins bloßzustellen, sondern die Leiter desselben, wie auch der lezthin gegründeten Konsumvereine darauf aufmerksam zu machen, daß das Interesse aller Mitglieder obenan stehen müßte, daß es die erste Pflicht der Verwaltung ist, sich von diesem leiten zu lassen und daß sie ferner durch öfteres Versammeln der Mitglieder, diesen Gelegenheit bieten müßten, sich über ihre gemeinsamen Bedürfnisse auszusprechen, was sowohl den Leitern als auch den Mitgliedern nur förderlich sein kann. Zum Schluß will ich nur noch bemerken, daß bei der Gründung des Helenendorfer landwirtschaftlichen Vereins „Hilse“ den meisten Mitgliedern der zweite Hauptzweck desselben: Absatz des produzierten Weins, vor Augen geschwebt hat. Obwohl die große Mehrzahl von der Wichtigkeit dieser Frage für Helenendorf überzeugt ist, so fand dennoch diesbezüglich bis jetzt keine Beratung statt, ungeachtet dessen, daß der Verein schon drei Jahre besteht.

Die Verwaltung wartet, daß sie von den Mitgliedern geschoben werde, während die Mitglieder gezogen sein wollen. Darum, Ihr Mitglieder, weg mit der Gleichgiltigkeit! Bringt dem Verein, als Eurem eigenen Kind ein regeres Interesse entgegen und vergeßt nicht, daß Ihr mit vereinten Kräften viel mehr leisten könnt!

Ein Mitglied des Helenendorfer Konsumvereins.

Wanderlo, den 21. Januar 1907. Der diesjährige Winter scheint für die Saaten günstig zu sein. Bis zum 8. Januar hatten wir das schönste Wetter und der zuletzt gesäete Weizen konnte sich recht kräftig entwickeln. Am 9. Januar fiel Schnee bis zu $\frac{1}{4}$ Arschin Höhe. Nachdem es 1 Tag geschneit hatte, fing es an zu regnen, wodurch der Schnee eine fingerdicke, starke Kruste erhielt. Dank diesem Umstande konnte der am 10. tobende Wind dem Schnee auch nichts anhaben. So lag denn unser Weizen unter der erforderlichen Schutzdecke. — Am 11. hatten wir eine Kälte von 22 Grad R. mit Wind, wie wir sie seit unserem Hiersein noch nicht erlebt haben. Auf dem Kaspijsee stieg das Wasser ungefähr 1 Faden hoch und ergoß sich auf die Steppen der Kolonien Nummer 13, 14, 15. Man sagt, auf dem Lande der Kolonie Nr 13 habe man Rähne, der Fischerei Tuschmaloff gehörig, angeschwemmt gefunden. Man nimmt an, es habe sich eine vulkanische Bewegung des Meeresgrundes vollzogen, denn früher sind selbst bei größerem Sturm solche Erscheinungen nicht beobachtet worden. — Heute haben wir Tauwetter und so wird wohl der Schnee in einigen Tagen verschwunden sein. Der Boden ist nicht gefroren und kann alles Wasser einziehen. Wir können also das Beste hoffen.

Folgender Vorfall, bei dem ich Augenzeuge war, dürfte die Leser der „Kauk. Post“ auch interessieren. Am 13. Jan. fuhr ich und mein Nachbar um 4 Uhr nachmitt. nach Costek, ungefähr 30 W. von hier, wo wir übernachteten, um am 14. morgens nach Chasaw-Zurt zu fahren. Wir machten uns ziemlich früh von Costek auf den Weg; es war noch dunkel, als wir zum Tor hinausfuhren. Kaum waren wir 100 Schritt gefahren, als ein greller Pfiff ertönte; bald tauchte vor unseren Pferden ein Tatar mit einer Doppelflinte auf und als er am Schlitten war, setzte er sich herein. Er frug, wohin wir fahen und erzählte dann, er fahre nach Bairamaul und sei beim Arzt gewesen, da sein Vater krank wäre. Bald trafen wir noch zwei Tataren und ich schlug meinem Nachbar vor umzukehren, da mir die ganze Sache nicht geheuer vorkam. Ohne viel zu überlegen, kehrte dieser um und fuhr in scharfem Trab zurück, aber wie der Blitz war einer der Kerle den Pferden in die Bügel gefallen, die andern beiden hielten uns die geladenen Flinten vor und forderten unter Fluchen und Drohen, uns erschließen zu wollen, schnell unser Geld. Natürlich gaben wir, was wir hatten (zum Glück nicht viel), man drehte die Pferde wieder um nach Chasaw-Zurt, und befahl uns ja nicht auf den Gedanken zu kommen, nach Costek zurückzufahren. Wir fuhren 1 Werst weit, hielten dann, bis es heller wurde, und kehrten doch nach Costek zurück, wo wir den Vorfall anzeigten. Dies zur Kenntnissnahme für unsere Kolonisten, damit sie vorsichtiger sind und nicht zu früh oder zu spät ausfahren. **H. S.**

Landwirtschaft und Gartenbau.

Mitteilung der önologischen Station in Odessa an die weinbautreibenden deutschen Kolonien in Rußland. Von dem Bestreben ausgehend, die rationelle Weinbereitung nach Möglichkeit zu verbreiten, wurde vor 2 Jahren mit Unterstützung der Regierung, sowie zahlreicher Behörden und Körperschaften die 1. Weinbau-Versuchsstation in Odessa gegründet. Dieselbe hat es sich zur Aufgabe gestellt, allen Weinbauern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und ihnen zu zeigen, wo und wie Mängel im Weinbau und in der Kellerwirtschaft abgestellt, und auf welche

Weise ein guter, haltbarer Wein erzielt werden kann. Nur durch zweckmäßige Sortenauswahl kann ein qualitativ und quantitativ befriedigender Herbst erzielt werden. Auch in allen diesbezüglichen Fragen ist die Station in der Lage Rat und Auskunft erteilen zu können, ebenso wie bezüglich der Bekämpfung aller Rebrkrankheiten. — Wie schon längst bekannt, bietet die Anwendung der Reihese in der Weinbereitung unschätzbare Vorteile und die Station läßt es sich darum eifrigst angelegen sein, der Reihese in den russischen Winzereisen Eingang zu verschaffen, und ist in der Lage zu jeder Zeit Reihesen der verschiedensten erprobten Rassen in beliebigen Quantitäten abzugeben. Die Statuten der Station sind derart beschaffen, daß jeder Weinbautreibende und jeder Interessent sowie auch ganze Gemeinden Mitglied werden können, wodurch mancherlei und nicht unbedeutende Ersparnisse gemacht werden können, die gerade für den kleinen Winzer, der nur mit kleinen Quantitäten Wein zu tun hat, von Bedeutung sind. Ein Mitglied der Station hat pro Dessjatine Weingarten 50 Kop. pro Jahr zu zahlen und den einmaligen Eintrittspreis von 1 Rubel. Dafür hat jedes Mitglied eine Reihe von Analysen frei und bei allen anderen Untersuchungen eine Ermäßigung von 50%. Von besonderem Vorteil ist der Umstand, daß an Mitglieder auch Reihese mit 50% Ermäßigung abgegeben wird. Mitglieder sind dadurch in den Stand gesetzt, für wenig Geld sich jeder Zeit zuverlässige und prompte Auskunft über den Zustand ihrer Weine geben lassen zu können und Ratsschlüsse bezüglich Behandlung ihrer Weine zu erhalten; sie sind dadurch in der Lage, stets markt- und genüßfähige Ware zu führen. Durch rechtzeitige Untersuchung und rechtzeitige Anfrage kann ein kranker Wein leicht wieder hergestellt werden und der Besitzer kann sich mit geringer Mühe und geringen Kosten vor großen pekuniären Verlusten bewahren. — Zum Schlusse sei noch auf die Fachzeitschrift „Westnik Winodelia“ („Вестник Виноделия“) aufmerksam gemacht, welche in ihrer Eigenschaft als Organ der Station durch zahlreiche gut ausgewählte Artikel über Weinbau und Kellerwirtschaft und alle dieses Gebiet berührenden Fragen, sowie durch Beantwortung von Anfragen im Briefkasten der Zeitung die Bestrebungen der Station aufs tatkräftigste unterstützt. Wegen Zusendung der Statuten, sowie wegen sonstiger näherer Auskünfte wende man sich an das Komitee der Denologischen Station unter Benützung folgender Adresse: **Въ Комитетъ Винодѣльческой Станціи русскихъ виноградарей и винодѣловъ, Одесса, Канатная, 9.**

Küche und Haus, Gesundheitspflege und Erziehung.

Handfertigkeitunterricht in der Volksschule. Führt man eine Arbeit aus, gleichviel ob mit oder ohne Werkzeug, kann man damit zwei im Grunde völlig verschiedene Zwecke verfolgen. Man stellt zum Beispiel ein Küchenbrett her und verwendet dabei Säge, Hobel, Bohrer und noch sonst verschiedene Werkzeuge. Man kann dabei lediglich ein Küchenbrett haben wollen, um es zu verschenken, zu verkaufen oder selbst zu benutzen. Man kann aber auch damit Zwecke verbinden, die von den vorbezeichneten völlig verschieden sind. Die Arbeit kann den Zweck verfolgen, den sie Ausführenden persönlich tauglicher zu machen. Während der Arbeit übt er sein Auge in richtigem Sehen und seine Hände in planmäßiger Tätigkeit. Er wird genötigt, sich in-



Arbeitsmethode hineinzudenken Ursache und Folge berechnen, er übt sich in streng konzentrierter Aufmerksamkeit, in Genauigkeit und Fleiß, er lernt die rein körperliche Arbeit kennen und würdigen. Er gewinnt Einblick in die Beschaffenheit der verschiedenen Werkzeuge und eine gewisse Fertigkeit in ihrer Anwendung. Durch seine Tätigkeit lernt er die Arbeitsstoffe genauer kennen als durch das bloße Sehen oder Berühren. Alles dieses und noch mehr sind Ergebnisse von durchaus anderer Beschaffenheit als das fertige Küchenbrett. Diese in der Entwicklung der Individualität zu größerer Tauglichkeit für die menschliche Gesellschaft bestehenden Werte bezeichnen wir mit dem Wort „pädagogische Werte“, und die auf die Erzielung dieser Werte gerichtete Arbeit ist eine erziehbare Arbeit. Gerade das ist es, was der in den schwedischen Schulen eingeführte übliche „Slöjdunterricht“ bezweckt.

Was ist nun „Slöjd.“? Das Wort ist schwedischen Ursprungs und entspricht ziemlich genau dem, was man zurzeit in Deutschland „Handfertigkeit“ nennt. Es ist somit eine Verwendung von Handwerkszeug zu erziehendem Zweck. Ungefähr 30 Kilometer von Gothenburg, dicht bei der Bahnstation Floda auf der Linie nach Stockholm, liegt das vormalige Rittergut Nääs. Sein letzter Privatbesitzer August Abrahamson, vorher Kaufmann in Gothenburg, begründete dort 1872 eine „Slöjdschule“ und zwei Jahre darauf das erste Seminar für Slöjdlehrer. Abrahamson starb 1896, worauf das Gut mit seinen Schulanstalten und einem für deren Unterhalt bestimmten Kapital von zirka 425 000 Mark testamentarisch an den schwedischen Staat überging. Dort auf Nääs sind mehrere Tausend Slöjdlehrer ausgebildet worden und zwar nicht nur für schwedische Schulen, sondern zugleich auch für solche in zahlreichen sonstigen Ländern.

Die geneigten Leser wollen uns jetzt in eine schwedische Volksschule begleiten. Wir begeben uns sofort in einen der Slöjdsäle. Das Zimmer ist verhältnismäßig groß. Mitten auf dem Boden stehen, in gleichem Abstand von einander Hobelbänke mit Plägen für zusammen 18 Knaben. Das Zimmer ist hell und empfängt das Licht durch zwei Reihen Fenster, die zwei übrigen Wände enthalten Schränke für Gerätschaften, Modelle für die halb und ganz vollendeten Arbeiten usw. Daneben hängen Zeichnungen von guter und schlechter Körperhaltung bei dem Slöjd sowie von den verschiedenen Folgen dieser Haltung für körperliche Entwicklung. Das Ganze trägt ein Gepräge von Ordnung wie von Geschmack, und der Besucher hat sofort die Empfindung, sich in einer Schule und nicht in einer gewöhnlichen Tischlerwerkstatt zu befinden. Die Knaben sind sehr fleißig bei der Arbeit und achten genau auf die Ähnlichkeit des Hergestellten mit dem vor ihnen stehenden Muster. Man sieht weder verdrossene und müde, noch übermütige und zu Schelmenstreichen geneigte Mienen, die sonst bei lediglichem Buchunterricht unvermeidlichen Sicherheitsventile für die Knabenlaune, sind hier nicht erforderlich. Es ist eine Werkstatt, aber eine solche für Menschenerziehung.

Sofort bei der Betrachtung wird der Besucher wahrnehmen, daß die Knaben sich mit verschiedenen Gegenständen beschäftigen. Das scheint Anarchie zu sein, ist es aber ganz und gar nicht. Der Slöjdunterricht geht nach bestimmter Methode vor sich, und jeder Knabe hat dieselbe Reihenfolge der Arbeit durchzumachen, aber der geschicktere kann leichter

von feinem Muster zu dem nächsten übergeben, wenn er ersteres vollständig beherrscht, und braucht nicht auf den ungeschickteren Nebenmann zu warten. Hierdurch wird der Wettstreit befördert und zugleich Zeit erspart.

Die moralische wie finanzielle Unterstützung des Slöjdunterrichts in der Volksschule durch den schwedischen Staat geht jetzt ungefähr in das dreißigste Jahr. Die Wirkungen sind nicht ausgeblieben. Der Slöjd hat jetzt nicht nur in sämtlichen Volksschullehrerseminarien eine Stätte gefunden, sondern auch in der großen Mehrheit der Volksschulen, und zwar in den Städten wie auf dem Lande. So gut wie stets wird bei Errichtung eines neuen Schulgebäudes die vollste Rücksicht auf zweckdienliche Lokalitäten und Gerätschaften für den Slöjdunterricht genommen, und gleichmäßig Kinder und Eltern zeigen dafür das größte Interesse. Der Unterricht wird meistens von den Volksschullehrern selbst geleitet, die teils in den Seminarien, teils in Nääs die dafür erforderliche Ausbildung empfangen haben. Obligatorisch ist übrigens der Slöjd in den schwedischen Volksschulen noch nicht und zwar auf Grund der Erfahrung, daß die Kinder sich selbst sehr stark um die Beteiligung daran bemühen. In manchen Fällen wäre vielleicht das Interesse weniger groß, wenn an die Stelle der jetzigen Freiwilligkeit der Zwang treten würde. Selbst das Kind empfindet sicher das Bedürfnis nach dem Recht der Selbstbestimmung, wo es sich um seine Arbeitstätigkeit handelt, und es tut sehr gern freiwillig, was es unter dem Joche des Zwanges wohl nicht völlig so gern tun würde.

(Berl. Tagebl.).

Handel und Gewerbe.

Die Goldproduktion der Welt betrug nach den Ursprungsländern geordnet, dem „Engineering and Mining Journal of New-York“ zufolge, in Pfunden:

	1906	1905
Süd-Afrika	25'961 000	21'686 000
Bereinigte Staaten	19'431 000	17'636 000
Australien	16'570 000	17'094 000
Britisch-Indien	2'131 000	2'385 000
Kanada	2'400 000	2'897 000
Rußland	4'300 000	4'439 000
Mexiko	3'086 000	2'905 000
Die übrigen Länder	7'050 000	6'830 000
zusammen	80'929 000	75'872 000

Die stärkste Zunahme zeigt danach die südafrikanische Goldproduktion.

In Bezug auf Behandlung der Sägen wird manches versäumt. Die Säge will wie eine Waffe behandelt sein. Aber meist geschieht weiter nichts, als daß sie einigemal mit Speckschwartz eingeschmiert wird. Die Säge soll nach beendeter Arbeit mit Maschinenöl eingedölet werden und nie auf der Erde liegen bleiben, da dies schädlich ist. Wird sie längere Zeit nicht gebraucht, so empfiehlt es sich, sie mit Schmirgel und Fett abzureiben und mit einem Wachsüberzug zu versehen, zu diesem Zwecke zerschmilzt man das Wachs über Kohlenfeuer und trägt es mit einem wollenen Lappen auf. Auch das Sonnenlicht übt eine nachteilige Wirkung auf den Stahl des Blattes aus. Man vermeide es daher, die Säge den Sonnenstrahlen auszusetzen.

Gegen das Verharzen der Sägen wird in dem „Holzmarkt“ folgendes Mittel empfohlen: Man läßt die Sägen beim Schnei-

den mittels einer Gießkanne öfters mit kaltem Wasser bebrausen, und wenn viel harziges Holz zu schneiden ist, bringt man über den Sägen ein größeres Brausegefäß an. Durch das kalte Wasser ballt sich das Harz sofort zusammen und die Sägen ziehen es nicht mehr in den Schnitt zurück. Das amerikanische Pitchpineholz ist sehr harzreich. Die praktischen Amerikaner helfen sich gegen das Verharzen der Sägen in der Weise, daß sie in kürzeren Zwischenräumen die Sägezähne und -blätter mit Petroleum ansprizen, wodurch das Harz den Halt an den Sägen verliert und der Schnitt glatt von statten geht.

Ein gutes Rostschutzmittel. Den Rost entfernt man durch Auflösen mit Petroleum und Abbeizen mit Wasser und Schwefelsäure, Wasser 1000 Teile, Schwefelsäure 50 bis 200 Teile, in dann gut reinem heißen Wasser abspülen und mit Sägepänen gut trocknen. Hierauf bürstet man die Stangen mit einer weichen Stahl-drabtbürste, längsstrich, durch. Anschließend daran bürstet man die Stangen mit folgender Rostschutzpasta gleichmäßig ein: 1 Kilogramm süßes Mandelöl, 1 Kilogr. Rindertalg, 600 Gramm gereinigtes Baumöl, 500 Gramm geschlemmter Graphit und 175 Gramm Kampher werden zusammen verschmolzen und so lange erhitzt, bis man aus der erkalteten Masse eine feste Salbe erhält.

(Aus „Meister Konrad's Wochenzeitung“, Wiesbaden).

Literatur und Kunst.

Endle wurd's wohr.

- | | |
|---|--|
| 1. Mei Bäbe dui mage,
mei Bäbe mag mi —
koi Mensch hot uf Erden
e schönere Pläsi. | 7. Dernoche glei fallts es
zum guete Glück ei,
daß mier zwoi nex hent und
des sollt halt net sei! |
| 2. Mei Schägle hot wenig
und i hau net viel,
s Johr isch so lang
und hot nomme vier Ziel. | 8. No hebet mer niedle
ganz kloieder a, —
brav schaffe und spare,
so hoißt unser Pla. |
| 3. Des macht e's koi Sorge,
jung semmer und gsund;
em Sonntigs, do hemmer
manch fröhliche Stund. | 9. En Afang mueß sei und
des haun e für gwieß:
am nächste Märtene
do langt mers e Wies. |
| 4. Spazieret mitnander
wenns Obst zsämeblüet,
do wurd's e's ganz warm und
glücklich im Gmüet. | 10. Und d'Väbi hot jeh schau
zwoi Better verspart
mit g'scheckete Zieche,
die hent der en Art. |
| 5. Mer schwäget vom Heure,
vo Vieh und vo Feld,
vo Scheure und Häuser,
vo Mark und viel Geld; | 11. Sue, mueß mers verdiene,
no goht es hübsch g'mach,
s ist schau no e Weg
bis zum oigene Dach. |
| 6. Mer kaufet und bauet,
als hättet mers schau,
no funklet dem Mädle
seine Auge so brau. | 12. Zu g'scheckete Zieche
geits g'spreckelte Hoor:
die Jährle geant ummer —
doch endle wurd's wohr. |
| 13. No geant mer mit Ehren
Und stramm zum Altar
mei Väbi und i — s'geit
koi zfriedenens Paar. | |

Aus aller Welt.

Die Grubenkatastrophe in Neden. Die Grube, in der sich die entsetzliche Katastrophe ereignet hat, ist Eigentum des preussischen Staates und gehört zum Saarbrückener Kohlenrevier.

Dieses liegt in der Südspitze der preussischen Rheinprovinz, erstreckt sich aber auch in die bayerische Pfalz und nach Elsaß-Lothringen. Das Zentrum des Reviers liegt zwischen Saarbrücken und Ottweiler. Das produktive Kohlengebirge beträgt zwischen Luisental an der Saar und Neunkirchen 24 Kilometer, die Größe, soweit es zu Tage tritt, 184 Quadratkilometer. In diesem Teil gibt es zwischen Ottweiler und Wahlscheid 77 abbauwürdige Flöze. Die Saarkohle zählt zu den besten, indessen ist ihr Abbau sehr erschwert durch die starke Durchsetzung mit Schwefelkies und das häufige Auftreten von schlagenden Wettern, die auch das heutige Unglück verschulden. Der Kohlenreichtum des Saarbeckens wird auf 45 400 Millionen Tonnen geschätzt. 60 000 Arbeiter sind beschäftigt, dort jährlich etwa 12 Millionen Tonnen im Wert von 140 Millionen Mark zutage zu fördern. Die Grube Neden hat ihren Namen von dem im Jahre 1857 gestorbenen, gewesenen Regierungsrat v. Neden.

Die Zahl der Opfer ist nunmehr festgestellt. 1½ hundert Bergleute haben ihren Tod in den Schächten gefunden. Einzelheiten über die Katastrophe berichtet das „Berl. Tageblatt“: „Um 7 Uhr morgens besuchten „die Wettermänner“ die fünfte Tiefbauschöble der Grube und leuchteten vorchriftsmäßig ab. Bei der Befahrung wurde alles in Ordnung befunden, und die „Belegenschaft“ konnte anfahren. Kaum war die Einfahrt geschehen, da trat eine furchtbare Explosion schlagender und zündender Wetter ein. Schnell verbreitete sich die Nachricht dieser Erderstütterung, und aus einem Schachte stiegen Rauch und giftige Gase in die Höhe. Es wurden eilig Rettungsmannschaften mit den Rettungsapparaten herbeigerufen, und diese entfalteten unter Anführung von oberen Bergbeamten eine rührende, aufopfernde Tätigkeit. Ein Bergassessor und ein Marktscheider der Rettungsmannschaften wagten sich zu weit in der Unglücksstätte vor und mußten wieder ohnmächtig herausbefördert werden. An dem Wettertschachte Emjenbrunnen der betroffenen fünften Tiefbauschöble — etwa 600 Meter unter der Erdoberfläche — begannen die Rettungsarbeiten, denen sich auch Arbeiter und Beamte der umliegenden Gruben angeschlossen. Bis nachmittags 3 Uhr waren 53 Tote aus ihrem tiefen Grabe wieder herausgeholt. Schon vorher mußten die weiteren Bemühungen an genanntem Schacht eingestellt werden, weil dort den Rettungsmannschaften brennende Gase entgegenzuschlugen. Man versuchte nun, von Neden aus an die verunglückten Opfer zu gelangen. Bald wurde auch die Ursache des Unglücks bekannt. An die Unglückssohle stößt eine andere vermauerte Sohle, die früher einmal in Brand geraten ist. Durch die hohe Spannung der in dieser Sohle sich entwickelnden Gase war kurz nach der Befahrung ein Dambruch an der Vermauerungsstelle entstanden. Die Kohlenoxydgase entzündeten sich an den in der Nebensohle noch brennenden Kohlen und riefen die neue verhängnisvolle Explosion hervor.“ — Furchtbare Szenen spielten sich an der Stelle ab, wo die Leichen der Unglücklichen aufgebahrt lagen. Der „Lokal-Anzeiger“ berichtet: „Mütter und Frauen irren umher, die nach den Angehörigen fragen. Hunderte von Telegrammen laufen ein, die nach dem Ergehen von Verwandten forschen. Eben brachte man die ersten Särge zur Bergung der armen Opfer: braun gestrichene Kisten mit blinkendem Metallbeslag. Die Namen der Toten sind alle festgestellt; in endloser Reihe liegen sie in der Verleschalle, einen Zettel im Munde, der den Namen trägt. Die Mehrzahl konnte nur an der Arbeitsnummer erkannt wer-

den. Am Unglückstage waren die Totenhallen für Unbeteiligte geschlossen. Aber schon am nächsten Tage wurden sie für die Angehörigen der Vermißten geöffnet.... Geistliche und Nonnen begleiten Frauen und Töchter, welche ihre Männer, Väter, Brüder oder Söhne erkennen. Zwei Frauen treten, gestützt von einem Pfarrer, ein. Neben dem Eingang liegen zwei halbverkohlte Körper, dazwischen Schuhe und ein paar Fegen. Ein Schrei — und jammernd sinken die Weiber zusammen — sie haben ihre Gatten, beides Brüder, erkannt. Daneben steht ein junges Mädchen, leise weint sie vor sich hin — ein junger Tochter liegt vor ihr: in zehn Tagen hätte die Hochzeit sein sollen. Immer mehr staut sich vor den Portalen und Zugängen die Masse, je zehn miteinander werden sie von der Polizei vorge lassen zur Totenschau“. Der Berichterstatter des „Berl. Tageblatts“ schreibt: „Wir gehen in den Verleseraum, wo man die Toten gebettet hat. Was sich hier dem Auge zeigt, läßt sich fast nicht schildern. Auf Stroh gebahrt, liegen sie da, die Armen! Nackt, schwarz der Kopf und die Brust, verbrannt die Haut, daß die Fegen Fleisch am Leibe herunterhängen, rot und blau, aufgedunsen das Gesicht! Ein schrecklicher Anblick! In dem nebenanliegenden Raume hat man den Verletzten Aufenthalt gewährt. Geistliche, Schwestern und Ärzte walten hier ihres schweren Berufes. Tod- und Chloroformgerüche durchschwängern die Luft. In der Vorhalle sieht man junge Bergleute, die sich todesmutig die Rettungsapparate anlegen lassen. Hinunter geht's in die grauliche Tiefe hinein ins glühende Feuermeer — vielleicht einem sicheren Tode entgegen! Doch was gilt hier das Leben einzelner, wenn es sich um die Rettung von hundert und mehr Kameraden handelt! Welche Todesverachtung und welche ein Mut gehört hierzu!

Mittwoch d. 17/1 vormittags 11 Uhr traf Prinz Friedrich Leopold von Preußen in Neunkirchen ein und besuchte als Vertreter des Kaisers die 24 Verletzten im Knappschaftslazarett, welche sich auf dem Wege der Besserung befinden und mit dem Leben davonkommen werden. Mittwoch Nachmittag kurz nach 8 Uhr hat das Drama auf der Grube Reden durch eine ergreifende Leichenfeier seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Vom frühen Mittag an strömten aus den Ortschaften Tausende der Bergeshalbe zu, auf der die Unglücksgrube liegt. Es ist frischer Schnee gefallen. Kurz nach 2 Uhr ist der weite Hof gedrängt voll, der nahezu 15 000 Menschen faßt. Von den Zechengebäuden und von dem Fördergerippe des Unglückschachtes wehen die preußischen Fahnen auf Halbmaß. Die Arbeit ruht auf einige Stunden in den Gruben. Die Bergleute füllen den Hof, klettern mit ihren Grubenlampen hoch auf die Dächer und klammern sich an die dampf speienden Röhren der Maschinenanlagen. Die Grubenkapelle leitete die Feier mit dem Choral „Jesus meine Zuversicht“ ein. Dann trat Prinz Friedrich Leopold hervor und hielt eine kurze Ansprache, in der er den Hinterbliebenen das herzliche Beileid des Kaisers aussprach. Dann folgte die Gedächtnisrede der Geistlichen. Staatsminister Delbrück sprach als Chef der Bergwerksverwaltung. Der Kaiser nimmt warmen Anteil an dem Schicksal der braven Bergknappen. Er hatte die Absicht, selbst zu kommen, um der Belegschaft seine Teilnahme auszusprechen. In seinem Auftrag ist Prinz Friedrich Leopold mit Geldmitteln zur Linderung der Not der Hinterbliebenen erschienen. Auch der Kronprinz und die Kronprinzessin, ferner die Großherzogin und der Erbherzog von Baden haben

reiche Spenden für die Hinterbliebenen übermittelt. „Den braven Bergknappen rufe ich“ — so schloß Staatsminister Delbrück, als letzten Gruß zu ihrer letzten Schicht denselben Gruß zu, der ihnen auf ihrer ersten Grubenfahrt entgegenschallte: „Glück auf!“ Ein vielstimmiges „Glück auf“ klang durch den Hof. Die einfache Feier schloß mit Chorälen des Bergbeamten-Gesangvereins und der Grubenkapelle.

An den Kaiser und den Reichskanzler war über die Grubenkatastrophe sofort ein eingehender Bericht erstattet worden. Ersterer hat darauf an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz folgendes Telegramm gesandt: „Tief erschüttert von dem furchtbaren Unglück auf Reden, welches so vielen braven Bergleuten mitten in ihrer schweren Berufsarbeit den Tod gebracht hat, ersuche ich Sie, den Verwundeten wie den Hinterbliebenen der Verunglückten meine wärmste Teilnahme auszusprechen. Wilhelm.“ Einem Telegramm aus München zufolge hat der Prinz-Regent folgendes Telegramm an den Kaiser gerichtet: „Die erschütternde Kunde von dem schrecklichen Unglück auf der Grube Reden hat mich tief bewegt, und drängt es mich. Dir meine innigste Anteilnahme und mein aufrichtiges herzliches Beileid zum Ausdruck zu bringen. Luitpold.“ Darauf ist vom Kaiser die nachstehende Antwort eingetroffen: „Auf das schmerzlichste beweiat von dem schweren Unglück, welches mit der Grubenkatastrophe in Reden über die Bevölkerung des Saarreviers hereinbrach, danke ich Dir innigst für Dein Telegramm und den Ausdruck Deiner liebevollen Teilnahme. Wilhelm.“ — Der französische Botschafter in Berlin, Bihourd stattete unmittelbar nach Eingehen der schrecklichen Nachricht dem Reichskanzler Fürsten Bülow einen Besuch ab und sprach ihm das Beileid der französischen Regierung zu der Grubenkatastrophe von Reden aus. — Einem Telegramm aus Rom zufolge hat der Papst dem Deutschen Kaiser aus Anlaß des Grubenunglücks von Reden auf telegraphischem Wege sein Beileid ausgesprochen. — Auch der Kaiser von Rußland und der Präsident von Frankreich richteten an Kaiser Wilhelm Beileidstelegramme.

Grubenunglück in Frankreich. Fast zu gleicher Zeit wie die schwere Schlagwetterkatastrophe bei Saarbrücken hat sich im nordfranzösischen Kohlenrevier eine Explosion schlagender Wetter ereignet, die ebenfalls von schweren Folgen begleitet war. Aus Lens wird gemeldet: In Grube 2 der Zeche von Lievin fand eine Explosion schlagender Wetter statt. Eine zahlreiche Menschenmenge drängt sich um den Schacht, die Gendarmerie hält die Ordnung aufrecht. Der Deputierte Lamendin ist in die Grube hinabgestiegen, um bei den Rettungsarbeiten zu helfen. Um 2 Uhr nachmittags waren 681 Bergleute aus dem Schacht herausbefördert worden, von 812, die am Morgen eingefahren sind. Die Zahl der Opfer kennt man noch nicht. Ein Telegramm aus Paris berichtet: Die Kompanie des Mines de Lievin in Paris hat dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten mitgeteilt, daß bei der Grubenerplosion in Lievin der Chefingenieur, ein Abteilungsingenieur und ein Obersteiger getötet worden seien. Die Bergwerksleitung glaubt, daß diese drei Beamten Feststellungen bezüglich einer ihnen gemeldeten Entladung schlagender Wetter haben vornehmen wollen und dabei umgekommen sind.

Professor Mendelejew, der weltbekannte Chemiker, ist am 21. Januar in St. Petersburg, im Alter von 72 Jahren gestorben. Die Beerdigung des Verstorbenen hat auf

Befehl S. Majestät des Kaisers für Rechnung der Staatskasse stattgefunden. Seinen Lebenslauf zeichnet die „Petersburger Zeitung“ folgendermaßen: Dmitri Iwanowitsch Mendelejew wurde am 27. Januar 1834 als der jüngste Sohn einer kinderreichen Familie geboren. Nachdem er ein Gymnasium in Moskau absolviert hatte, trat er in das damalige Pädagogische Institut, nach dessen Absolvierung er Gymnasiallehrer in Simferopol und Odessa wurde. 1856 kehrte er nach Petersburg zurück und habilitierte sich hier, nachdem er zum Magister der Chemie promoviert worden war, als Privatdozent. Zur Erweiterung seiner fachwissenschaftlichen Kenntnisse unternahm er eine Studienreise ins Ausland, als deren Resultat sein erstes grundlegendes Werk. „Die organische Chemie“ zu betrachten ist. Im Jahre 1863 erfolgte seine Ernennung zum Professor am Technologischen Institut, und 1866 erwarb er sich den Doktorhut. 1890 legte er seine Professur nieder und wurde Mitglied des Konseils für Handel und Manufaktur und 1893—wissenschaftlicher Leiter der Aichkammer des Finanzministeriums.

Berlin im Schnee. Ein Schneegestöber, wie es die Reichshauptstadt seit den siebziger Jahren nicht mehr erlebt hat, ging seit Sonntag d. 14. Januar ununterbrochen über Berlin nieder. Am Donnerstag, d. 18. Januar, scheint das Schneetreiben dann seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die ausländischen Blätter bringen über diesen seltenen Fall manches Interessante und Amüsante, weswegen wir in der nächsten Nummer hierauf wieder zurückkommen.

Die **Strandung des Vergnügungsdampfers „Prinzessin Victoria Luise“** bei der Einfahrt in den Hafen von Kingston (s. Nr. 30—„Aus aller Welt“) ist dadurch zu erklären, daß, wie nun amtlich festgestellt, letztere eine völlige Veränderung durch das jüngste Erdbeben erlitten hat. Der Meeresboden ist an vielen Stellen von 11 auf 7 Faden gestiegen, während die Stadt Kingston allmählich versinkt. Nachdem nun auch noch der Dampfer „Prinz Waldemar“ in den letzten Tagen bei Kingston gestrandet ist, erschien es den Schiffahrtskreisen ganz zweifellos, daß der bedauernswerte Kapitän Brunswig ebenfalls ein Opfer dieser vulkanischen Erscheinung geworden ist. Er hat noch kurz vor seinem Tode zu seiner Umgebung geäußert, daß nach den Schiffskarten an der Strandungsstelle sich nicht ein einziges Riff befinden könne, und daß es ihm unerklärlich sei, wie das Schiff habe auflaufen können. Der Umstand, daß er sich in seiner Kabine eine Kugel durch den Kopf jagte, hat leider verhindert, daß er wenige Tage später der Zeuge des schrecklichen Erdbebens und der damit verbundenen Strandung der beiden Schwesterfahrzeuge wurde. Die Hamburger Schiffahrtskreise, die zunächst geneigt waren, seine Einfahrt in den Hafen von Kingston als unsachgemäß zu verurteilen, sprechen ihn heute von jedem Verschulden an dem bedauerlichen Unfall des schönen Schiffes frei, da es nunmehr außer Zweifel steht, daß die „Prinzessin Victoria Luise“ auch mit dem Lotsen an Bord aufgefahren wäre.

Privat-wohlthätigkeit in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika. Im Laufe nur eines Jahres (des vorigen) sind hier, der „New-York-Tribune“ zufolge, zu gemeinnützigen Zwecken im ganzen rund 106 Millionen Dollar geopfert worden, umgerechnet Spenden, welche weniger als 1000 Doll. betragen (61 Mill. bei Lebzeiten der Geber, 45 Mill. als Legate) und zwar entfallen davon: auf den Unterhalt von Hospitälern 49

Mill.; Erziehung und Unterricht 32 Mill.; Museen, Bildergalerien und sonstige Kunstinstitutionen 16 Mill.; religiöse Zwecke 5 Mill., Leihbibliotheken 17 Mill.—Carnegie stiftete allein 11 Mill., Rockefeller 7 Mill. usw.

Bermischtes.

Vom Ursprung des Menschengeschlechts. Die jetzige Bevölkerung Europas bildet eine Völkfamilie, die nach den wissenschaftlichen Annahmen von einem und demselben Urvolke, den Ariern, abstammt, nach Europa aus Asien kam und hier die Ureinwohner allmählich verdrängte.

Nun schreibt im „Laffero“ der italienische Hauptmann E. D'Albertis, daß die in Zentral-Amerika gemachten Entdeckungen von uralten Denkmälern der Mayavölker geeignet seien, die Grundlagen der Geschichte vom Ursprung des Menschengeschlechts zu erschüttern. Durch die Keilschriften, welche auf jenen Denkmälern sichtbar seien, werde bewiesen, daß in Zentral-Amerika in vorgehichtlicher Zeit ein Volk gewohnt habe, dessen Sprache, Sitten, Religion, Kunstzeugnisse, die Art der Bauten denen der ersten Zivilisationen Asiens, Afrikas und Europas sehr ähnlich gewesen seien. Wahrhaft überraschen müssen vor allem einige Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten sprachlicher Art: „Beal“ ist für die Phönizier die als Gottheit verehrte Sonne—in der Mayasprache bedeutet es „Haupt, Herr“; „An“ ist auf den ägyptischen Denkmälern der Name Agyptens—in der Mayasprache heißt es „Land der Krokodile“. In derselben Sprache heißt „Atl“—„Wasser“ und „tlan“—„Nachbar“ oder „benachbart“; woraus zu schließen ist, daß die fabelhafte Insel Atlantis in der Nähe des Mayalandes gesucht werden muß. Ja, noch mehr: die von griechischen Schriftstellern (Herodot und Diodorus Siculus) bestätigten ägyptischen Überlieferungen lassen die Annahme zu, daß Agypten in grauer Vorzeit eine Kolonie des mächtigen Atlantisvolkes gewesen sei. Als Solon in Agypten weilte—Plato erzählt das in seinem Werke „Timäus und Kritias“—sollen ihm die ägyptischen Priester Wunderdinge über die den Säulen des Herkules gegenüber gelegene Insel Atlantis, die angeblich größer als Asien und Libyen zusammen war, berichtet haben: „Auf dieser Atlantis waren berühmte Könige, die über Lybien, Agypten und Tyrhenien (Strucien) herrschten.. aber es kamen Erdbeben und Überschwemmungen, und in der Zeit von 24 Stunden war die Atlantis verschwunden.“ Le Plongeon und D'Albertis behaupten nun, daß die Mayas auf der geheimnisvollen Insel wohnten, und daß sie von dort nach Agypten kamen und sich über die alte Welt verzweigten. Man hätte die Wiege der Menschheit also nicht mehr in Asien, sondern in Amerika zu suchen.

Prost Neujahr! Wir hörten ihn wiederallenhalben erschallen, diesen derben oft gar rohen Ruf: „Prost Neujahr!“ Selbst in südliche deutsche Ländern ist er schon eingedrungen, während er vor zwanzig Jahren den oberdeutschen Windarten noch fremd war. Weit seltener hört man die wenigstens etwas feiner klingende, aber noch undeutschere Form „Prosit Neujahr“, in der das lateinische prosit (es nütze, sei dienlich) voll erhalten ist. Nun werden wir unseren Studenten wohl nicht so leicht ihr Prost und Prosit austreiben können, wiewohl schon manche „zum Wohle“ oder „wohl bekommen“ zu sagen wagen, und die österreichischen sich immer häufiger des alten deutschen Trinkrufs „Heil“ bedienen; aber sollten wir uns nicht befehligen, uns statt jenes derben Zurufes am Neujahrstage eines würdigeren, dem Ernste des Jahreswechsels angemesseneren zu bedienen? Wie wenige wissen überhaupt, was sie mit „Prost Neujahr“ sagen? Die meisten antworten auf die Frage „Was heißt denn eigentlich dieses Prost?“ nur: „Nun eben Prost.“ Beim Schlusse der Wahlzeit („Prosit die Wahlzeit“) ist es schon verdrängt, denn „Prostemahlzeit“ ist ganz und gar ins Niedrig-Scherzhafte oder gar Spöttische hinabgesunken. Allerdings ist ja auch die „Gesegnete Mahlzeit“ in der gräulichen und in letzter Zeit mit Recht vielfach bekämpften Kürzung „Mahlzeit“ schon unter das Fuße

voll geraten; aber mit welchem Grusse ginge das nicht so? Bei dem häßlichen „Atjō“ denkt sich keiner mehr etwas, und selbst die doch dem Deutschen viel mehr sagenden „Guten Tag, Guten Abend, Gute Nacht“ sind leider ganz verblaßt, zu „ntag, 'nabend, 'nacht.“ Aber wer herzlich sein will, der spricht auch die schönen Grüße deutlich aus, sagt vielleicht auch gelegentlich „Auf Wiedersehen“ oder „Lebewohl“ oder „Fahrwohl“; und so sollte auch jeder Deutsche, der dem anderen von Herzen ein gutes, glückliches, gesegnetes neues Jahr wünschen will, es mit diesen Worten tun und nicht mit dem kalten, nüchternen „Prost“. Wenn der Süddeutsche an seinem prächtigen „Guts neues Jahr“ festhält, trotz allem Einstürmen des Prosts, so sollte auch jeder andere Deutsche ihm nachsehen. Wollen wir mit dem bisher leider immer noch vergebens bekämpften Atjō, mit dem ebenso häßlichen und nichtsagenden Mahlzeit und mit—Prost Neujahr, aufräumen. Bieten wir uns in deutscher Treue beim Gehen wie beim Kommen einen „Guten Tag“, nach dem Essen—aber auch nur dann—eine „Gesegnete Mahlzeit“, und viel Glück zum Neuen Jahr! oder wie es uns sonst gerade ums Herz ist. Auch hier könnte jeder etwas von dem zeigen, wovon doch jetzt so viel die Rede ist: Persönlichkeit!

Brief des Hangjorg (Helenendorf) an August (Marienfeld).

Liaber, guater Landsmaa, August!

In dr 31. Nummer von dr „Kaukasische Post“ hent mer glesä, daß Ihne deane Helenadörfer ihre Schbannhösla ond dia Kittala ond Hiattla gar et bassa wellet. Mer wisset et, ob Se dui Neuigkeit selber mit eigene Auga scho gseha hent, oder ob Se 's no vom Hairasage wisset ond kennet. Bei ons send dia enge Hösla ond Kittala scho a alta praktischa Sach', weil mer scho lang wisset ond eigse hent, daß mer mit deane Schbannhösla au fürs allgemei Wohl forga ond schaffa ka. Zom airschta brauche mer et so viel Zeig, wia zua deane Mariaselder ihre Meahläck, zom zwoita brauchet onjre Weiber au et so viel Soifa ond miajet sich beim Wäscha au et so bloga, ond beim Schaffa send se do h gwieß viel bequemer als dia große, weite Säck. Und daß se bei dr Arbet et glei plaget, do forget onjre Schneider drüar, mer hent in onjrem Dorf dichdiche Moischer, dia kennet d'Hösla ond d'Kittala so agrad zua schneide ond so fescht neha, daß mer ohne Sorga ond ganz leicht ond bequem auf d Wischtwäga nuf ond runder steiga ka. Mit deane Hösla ond Kittala bleibt mer et au de Schräga, au de Leigsa oder an de Drittelsdanga hanga, wia des bei deane weite, blomba Meahläck als vorkomma ka, ond mer no schließlich mit em Kopf vorna dräus vom Waga steiga muaf, ond des ist no ganz gwiß nemme fürs allgemei ond no wenicher fürs eigene Wohl g'sorgt und g'schafft! — Se moinet vielleicht, liaber Landsmaa August, daß d Helenadörfer ihre Bildung glei mit deane Hösla ond Kittala vom Schneider zua schneida ond macha leant? So weit hent's onjre dichtiche Schneidemoischer bis jetzt doch no et brocht. Se jaget freilich: Ihre Kloider machet Loit! Aber bei ons woißt ond siehtmers au, wia en dr Stadt, daß en deane Hösla ond Kittala et immer d gebildetschte Leit stecket, jottiche dia immer gern uf de Gassa, oder bei de Nocher, Bekannte ond Freint rumlaufet, viel schwaga, essa ond trinka kennet, aber et schwer schaffa meget, wia des au bei deane mit ihre Meahläck vorkommt. Wenn Se, liaber Landsmaa, dr Moienng send, alle Helenadörfer seia so gebildet, no send Se so guat ond kommet Se amol zu ons auf Bjuach. Se kennet zu jeder Johreszeit komma. Do kennet Se no selber mit eigene Auga jeha, wia unjre Leit, wenns omal gilt, sich mit ihre Schbannhösla ond Kittala au ganz flenk bucka ond tiaf nunter gucka kenne. — Fir des, was Se von de Helenadörfer des m'l Guats g'schrieha hent, dankä mer Ihne einschtweila reacht sche, ond nig fir oguat!

Ihre Landsleit lasset Se au reacht: sche griäsa.

Dr Hangjorg.

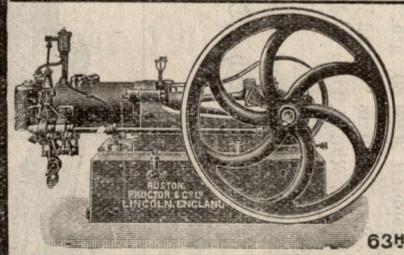
Briefkasten der Redaktion.

Herrn M in Abastuman. — Ihre Beschwerde dürfte insofern nicht ganz zutreffend sein, als für die deutschen Reichsangehörigen kein Grund vorliegt, die Feier des Geburtstags Ihres Kaisers im Lokale des deutschen Vereins zu veranstalten. Letzterer besteht zum größten Teil aus russischen Untertanen deutscher Zunge, die ihrerseits wieder keine Veranlassung haben, jene Feier, die einen durchaus offiziellen Charakter hat, mitzumachen, zumal ihnen eine derartige Sympathieumgebung von anderer Seite falsch ausgelegt werden könnte. Wählte der Herr Konsul als Versammlungsort den Saal in „Hotel London“, so hat er es offenbar nur deshalb getan, um von sich den Verdacht abzuwenden, als suchte er in den hiesigen deutschen Kreisen Boden für etwaige reichsdeutsche Sonderinteressen zu gewinnen. Die Tifliser Deutschen sind, wir betonen es nochmals, zum größten Teil russische Bürger. Als solche sind sie auch nicht berechtigt, unmittelbar an den Monarchen eines fremden Staats Depeschen zu richten; das ist eine Unsitte, welche sich allenfalls die Herren Monarchisten in Kiew und Moskau leisten können, da man von ihnen gute Lebensart überhaupt nicht erwartet. Wenn einzelne Mitglieder des deutschen Vereins, die zugleich Reichsdeutsche sind, die Feier mitzumachen für nötig hielten, so kann man es ihnen nicht verargen; das waren eben Privatsache! In Ermägung all dessen haben wir von dem Abdruck Ihres Eingangs, wie Sie hoffentlich selbst zugeben werden, begründetermaßen Abstand genommen.

Verantwortlicher Redakteur

und Herausgeber: Kurt von Kutzschenbach.

STUCKEN & K^o



B a k u

Grosses Lager von

Petroleum-Motoren „RUSTON“,
Dampfmaschinen & Dampfkesseln,
Bewässerungspumpen,
Baumwoll-Reinigungs Maschinen,
Ölpresen,
Mühlen und
Reis-Reinigungs-Maschinen „Engelberg“.

52—4

Für WEINHändler und WEINbau

Achte Filter Seig in allen Größen, Aßbest, gegen trüben Wein, Pressen, jegliche Apparate, Gelatine Laine, Denotamin, Antrazid etc. der besten deutschen und Pariser Firmen empfiehlt

Fran A. R. Kaufmann,

Nowotjerskasjl-Don, Alexanderplatz Nr. 6.

Preislisten und Auskunft brieflich.

9551 4—1

Erfahrener Buchhalter

(Deutscher)

in ungefündigter Stellung im Gouv. Stavropol sucht Engagement an einem Orte mit deutscher Schule, am liebsten in einer deutschen Kolonie. Näheres durch die Redaktion der „Kaukasischen Post“.

3-2

Die Musik-Instrumenten-Handlung



A. G. Kopp,



Michael-Prospekt Nr. 112, gegenüber dem Hotel Wetzel, empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von Pianinos, Guitarrren, Violinen, Mandolinen, Zitern, Akkordions, Akkordzittern, Balalajas, Ziehharmonikas, Mundharmonikas, Blasakkordions, und von vorzüglich haltbaren reinklingenden Darm- und überspannenen Saiten jeder Art zu mäßigen Preisen.

15-13

In der Kunst- und Handelsgärtnerei von L. METZLER vorm. J. Mayer

Gärtnerei—Michaelstraße, 73, Blumenladen—Michaelstraße, 55.

sind zu jeder Jahreszeit

Blumen- und Topfpflanzen, sowie sämtliche Blumenarbeiten: Bouquets, Kränze, Jardinieren, Blumenkörbe, Guirlanden, Pflanzendekorationen zu haben.

Mässige Preise, geschmackvolle Ausführung und reelle Bedienung.

10-6

1 Rbl. 50 Kop. und mehr pro Tag Verdienst.

Mitarbeiter gesucht

zum Stricken auf unserer Schnellstrickmaschine. Entfernung tut nichts zur Sache, und wir verkaufen die Arbeit.

Verlangt gratis Prospekte.

Erste Russische Hausarbeiter-Strickmaschinen-Gesellschaft,
Moskau, Каретн. Садовая д. Лыжина. St. Petersburg, Коломенская 32.
0-8 Charkow. Благовѣщенская 16-141. 232215

Die Buch- & Kunsthandlung v. E. Bruhns

in Riga,

empfehlte folgende von der Zensur freigegebene Bücher:

- 1) Chamberlein, S. St., Die Grundlagen d. XIX Jahrhundert's. Volksausgabe in 2 Bden, gebunden Rbl. 4.32.
 - 2) Ruffen über Rußland. Ein Sammelwerk, herausgegeben v. Hof. Melnik, proficirt R. 6.60, geb. Rbl. 8.70.
 - 3) Balkan. D. M. Rußland. Übersetzt v. Dr. S. Paritz, 4 Aufl., vollständig umgearbeitet, 2 Bde, br. Rbl. 6.60, geb. Rbl. 9.60.
 - 4) Barnack, Das Weien des Christentums. Neue Ausgabe, Rbl. 1.10, karioniert Rbl. 1.50.
- Bestellungen übermittlest Herr Oskar Wintisch, Tiflis, Сулебаная, № 49. 1-1

gerade **Umsonst** verkaufe

ich nicht, jedoch unwiderlegbar besteht die Tatsache, daß die „Goldene Harfe“ in Tiflis stets das Neueste in Musik-Instrumenten jeder Art führt und konkurrenzlose Preise hält; jeder Versuch hat dieses bis dato bewiesen.

„Золотая Арфа“ Тифлисъ Гол.
№ 10. Владѣлецъ Е. Шуманъ.

10-8



Commissionär des Domainen - Ministeriums

M. E. PRIDONOFF

offerirt zur bevorstehenden Weinrebenkur: höchster Qualität

Kupfervitriol bester englischen Marken, sublimierte Schwefelblume eigener und anderer Marken, Pulverisatore und Schwefelbälge der bekannten Fabrik Vermorel und alle nötigen Präparate und Instrumente für Wein- und Gartenbau, sowie Weinpressen, Filter, Pumpen und sonstige Instrumente für Kellereien.

Adresse: TIFLIS, Sergejewskaja Strasse № 11.

Preisfourante werden prompt und franco zugesandt.

12-10